

BZ MAGAZIN

DAS MAGAZIN DER BUDAPESTER ZEITUNG

seit
25 Jahren
aus, über & für
UNGARN

Ungarn steht nicht alleine da!

Interview mit Dr. Hans-Georg Maaßen,
Vorsitzender der WerteUnion

Gedenken
an den Holocaust
Marsch des Lebens

Vernetzung und Sicherheit
durch Konnektivität
Ungarns außenpolitische Strategie

Bestenfalls
schwaches Wachstum
Konjunkturumfrage der DUIHK

ALDI FRAUENLAUF

AUCH DIESES JAHR WIEDER IN BUDAPEST!



Bewegung ist gut, gemeinsam bewegen ist noch besser! ALDI ist seit langem ein engagierter Förderer von gesellschaftlichen Aktivitäten und Sportveranstaltungen.

In diesem Jahr unterstützt das Unternehmen bereits zum neunten Mal die Women's Running Gala – eine tolle Gelegenheit für alle Bewegungs- und Sportbegeisterten, sich im Team- oder Einzellauf zu messen.

Die verschiedenen Distanzen reichen von Tausend Metern bis zu 17,5 Kilometern. Die 29. ALDI Women's Running Gala findet am 1. Juni 2024 im Budapester Népliget statt. Sie richtet sich nicht nur an aktive Einzelsportler, sondern mit leicht zu bewältigenden Strecken auch an Familien und Kleinkinder.

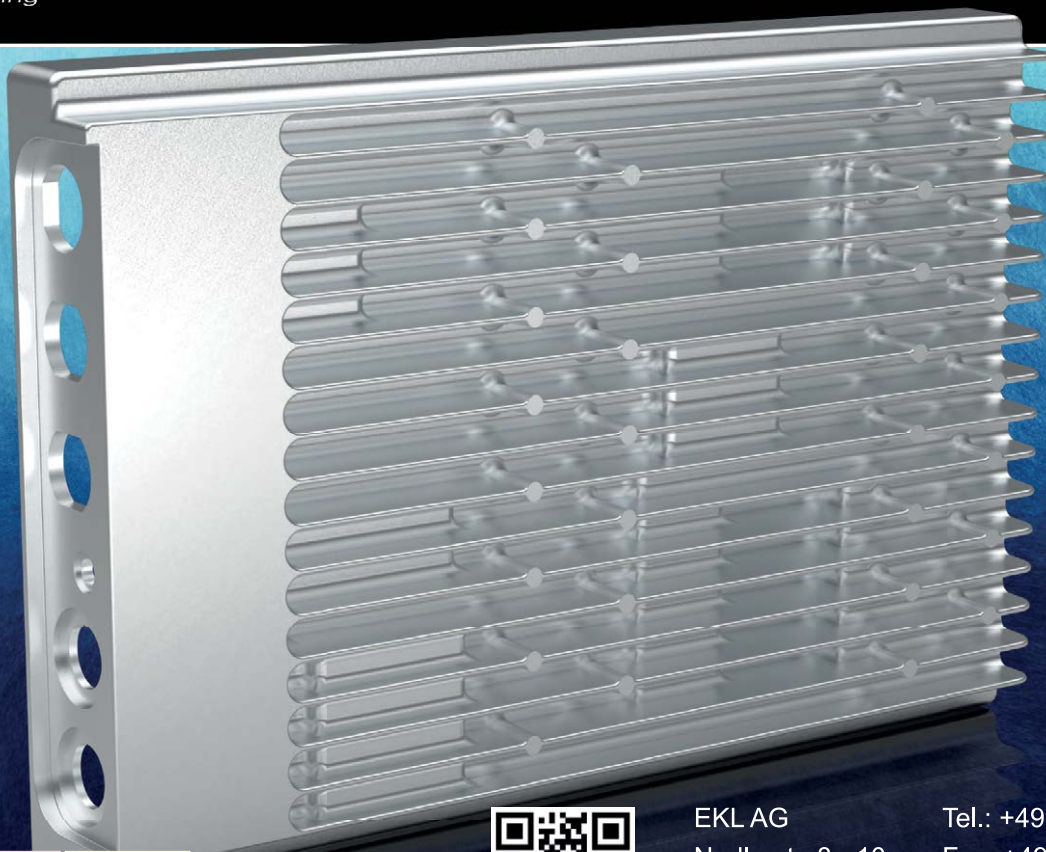
Weitere Informationen und Einzelheiten zur Anmeldung:



[aldi.hu](https://www.aldi.hu)

EKL[®]
electronics cooling

Passgenaue Kühllösungen für alle Anwendungen in der Elektronik
Druckguss Kühlkörper & Druckguss Gehäuse



 Konstruiert in Deutschland



EKL AG
Nadlerstr. 8 - 10
88299 Leutkirch
Deutschland

Tel.: +49 (0) 7561 9837 0
Fax: +49 (0) 7561 9837 20
info@ekl-ag.de
www.ekl-ag.de



6-11

Gutes Miteinander

Ungarn hält nichts von einer erneuten Blockbildung und setzt stattdessen erfolgreich auf Konnektivität und eine multivektorale Außenpolitik.

12

Aus zwei Weltkriegen gelernt

„Wir werden nicht zulassen, dass Ungarn auch ein drittes Mal in einen Krieg hineingezogen wird, für den wir am Ende bezahlen müssen“, sagte Premier Orbán in einem Radiointerview.



18-21

Zerstörer am Pranger

„Das Ruinieren der einst hervorragenden deutsch-ungarischen Beziehungen zählt für mich zu den beschämendsten Aspekten des rotgrünen Zerstörungswerks“, sagte WU-Vorsitzender Dr. Hans-Georg Maaßen im BZ-Interview.

29

Tokajer-Winzerin wurde ausgezeichnet

Die Winzerin Sarolta Bárdos aus der Weinregion Tokaj erhielt am Wochenende die Auszeichnung „Winzer des Jahres“.



Politik

- 4 | **Chinas Präsident Xi Jinping in Ungarn:**
Respekt und gegenseitiges Vertrauen
- 6 | **Analyse: Ungarns außenpolitische Strategie:**
Vernetzung und Sicherheit durch Konnektivität
- 12 | **Orbán im Kossuth-Radio:**
„Wir lassen uns nicht in den Krieg hineinziehen“
- 13 | **EU-Konferenz:**
Dem Freiheitsgedanken abgeschworen
- 14 | **Marsch des Lebens:**
Gedenken an den Holocaust
- 16 | **Orbán auf der CPAC Hungary:**
„Wir brauchen einen neuen Weltgeist“
- 18 | **Interview mit dem Vorsitzenden der WerteUnion, Dr. Hans-Georg Maaßen:**
Ungarn steht nicht alleine da!
- 22 | **Sicherheitspolitik / Budapest Security Dialogue (BSD):** „Das Wichtigste ist der Frieden!“

Wirtschaft

- 24 | **Konjunkturumfrage der DUIHK:**
Bestenfalls schwaches Wachstum
- 26 | **Remred Zrt.:** Ungarn erobert den Weltraum
- 27 | **Gebrüder Weiss:** Drehscheibe Ungarn

Feuilleton

- 28 | **Radtourismus:**
Bereg-Rundkurs ist die Radroute des Jahres!
- 29 | **„Winzer des Jahres“:** Preis ging nach Tokaj
- 30 | **Grenzschutz / Illegale Einwanderung:**
Demolierte Fahrzeuge präsentiert
- 31 | **Regionalpolitik:**
Kommunen sollten nicht konkurrieren

Panorama

- 32 | **Glosse: Eindrücke eines Neu-Ungarn:**
Ungarn – auch für Hunde kein rechtsfreier Raum

BUDAPESTER ZEITUNG

ISSN 1419-8770

Verlag: BZT Media Kft. | 1026 Budapest,
Gábor Áron utca 16. | Tel: +36 30 645 9100

Chefredakteur & Herausgeber: Jan Mainka

redaktion@bzt.hu | www.budapester.hu

Redakteure: Rainer Ackermann, Peter Wolf

Layout: Zsuzsa Urbán

Abo & Distribution: verlag@bzt.hu

Gedruckt von: Pharma Press Kft.

Die Abo-Preise für unsere Tageszeitung finden Sie hier:
www.budapester.hu/abonnmentPartnerzeitung:
THE BUDAPEST TIMESDie **BUDAPESTER ZEITUNG** ist Mitglied folgender Organisationen: Deutscher Wirtschaftsclub Budapest, Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer, Deutsch-Ungarische Gesellschaft, Wirtschaftsjunioren Ungarn und Swisscham Hungary.SEITE 1 – VORSITZENDER DER WERTEUNION,
DR. HANS-GEORG MAASSEN (FOTO: BZ/ JAN MAINKA)

Chinas Präsident Xi Jinping in Ungarn

Respekt und gegenseitiges Vertrauen

Von Mittwochabend bis Freitagvormittag weilte der chinesische Staatspräsident in Ungarn. Es war der erste Besuch eines chinesischen Staatsoberhauptes seit fünfzehn Jahren.

Foto: Ministerpräsidentenamt/Vivien Cher Benko



Ministerpräsident Viktor Orbán begrüßte den chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping bereits am Mittwochabend.

Xi erklärte, Basis für die Zusammenarbeit der beiden Länder seien Respekt und gegenseitiges Vertrauen. „In der Not erkennt man seine wahren Freunde“, zitierte der chinesische Staatsgast ein altes ungarisches Sprichwort. Sulyok verwies auf die Passage im ungarischen Grundgesetz, die Freiheit und Kultur anderer Völker zu respektieren und mit allen Völkern der Welt Kooperationen anzustreben. Ungarn sehe im Zusammenspiel von Ost und West keine Gefahren, sondern Chancen, und wolle in diesem Sinne auch weiterhin eine Brückenrolle einnehmen.

Chinas Staatspräsident wünschte Ungarn viel Erfolg für die Ratspräsidentschaft im II. Halbjahr, verbunden mit der Hoffnung, Budapest werde in der Gemeinschaft den pragmatischen Ansatz in den Beziehungen zu China voranbringen. Er lud seinen ungarischen Amtskollegen zu einem Besuch nach Peking ein. Sulyok nahm diese Einladung gerne an.

Am Donnerstagnachmittag fanden dann im Karmeliterkloster, dem Amtssitz von Ministerpräsident Orbán, zwei

■ VON RAINER ACKERMANN

Am Donnerstagvormittag wurden Staatspräsident Xi Jinping und seine Ehegattin mit militärischen Ehren auf dem Löwenhof der Budaer

Burg empfangen. Sie nahmen die Zeremonie der Ehrenverbände der Ungarischen Armee gemeinsam mit ihrem Gastgeber, Staatspräsident Tamás Sulyok und dessen Ehefrau ab. Anschließend erwartete Sulyok den hohen Gast zum offiziellen Empfang im Sándor-Palais.



Feierlicher Empfang auf dem Löwenhof der Budaer Burg.

Foto: MTI/Szilárd Koszticsák



Eine der beiden Verhandlungsrunden im Karmeliterkloster.

Foto: Ministerpräsidentenamt / Vivien Cher Benko

Verhandlungsrunden beider Delegationen statt. Teilnehmer waren von ungarischer Seite, neben Orbán unter anderem: Außenminister Péter Szijjártó, Finanzminister Mihály Varga, Wirtschaftsminister Márton Nagy, Bau- und Verkehrsminister János Lázár, EU-Minister János Bóka, HIPA-Chef István Joó sowie der politische Direktor des Ministerpräsidenten, Balázs Orbán.

Dynamische Wirtschaftsbeziehungen

Nach den mehrstündigen Verhandlungen traten Xi und Orbán, ebenfalls im Karmeliterkloster vor die Kameras. Beide sprachen von einer strategischen Partnerschaft. „Wir leben in einer multipolaren Welt, die sich rasant verän-

dert. Was konstant ist, ist jedoch die enge Freundschaft zwischen unseren Völkern“, sagte Orbán zu Beginn der gemeinsamen Pressekonferenz.

Die wirtschaftlichen Beziehungen hätten sich in den letzten zwanzig Jahren intensiv entwickelt. Das Handelsvolumen habe sich in etwa vervierfacht. Aus Budapest gäbe es inzwischen Direktflüge in sieben chinesische Städte. Gab es einst kaum Investitionen aus China in Ungarn, laufen aktuell Projekte im Volumen von insgesamt 6.400 Mrd. Forint (ca. 16,5 Mrd. Euro).

Die Ungarn besitzen den Ehrgeiz, das 21. Jahrhundert für sich zu gewinnen, wobei ihnen die modernsten Technologien aus China helfen sollen. Orbán nannte konkret Elektromobilität, Bahnverkehr und IT-Sektor, wo man auf die Unterstüt-

zung des großen Partners baue. Ungarn möchte wiederum seine Positionen als Agrarexporteur in China stärken und die bisherige Zusammenarbeit auch auf den Bereich Nuklearenergie ausweiten.

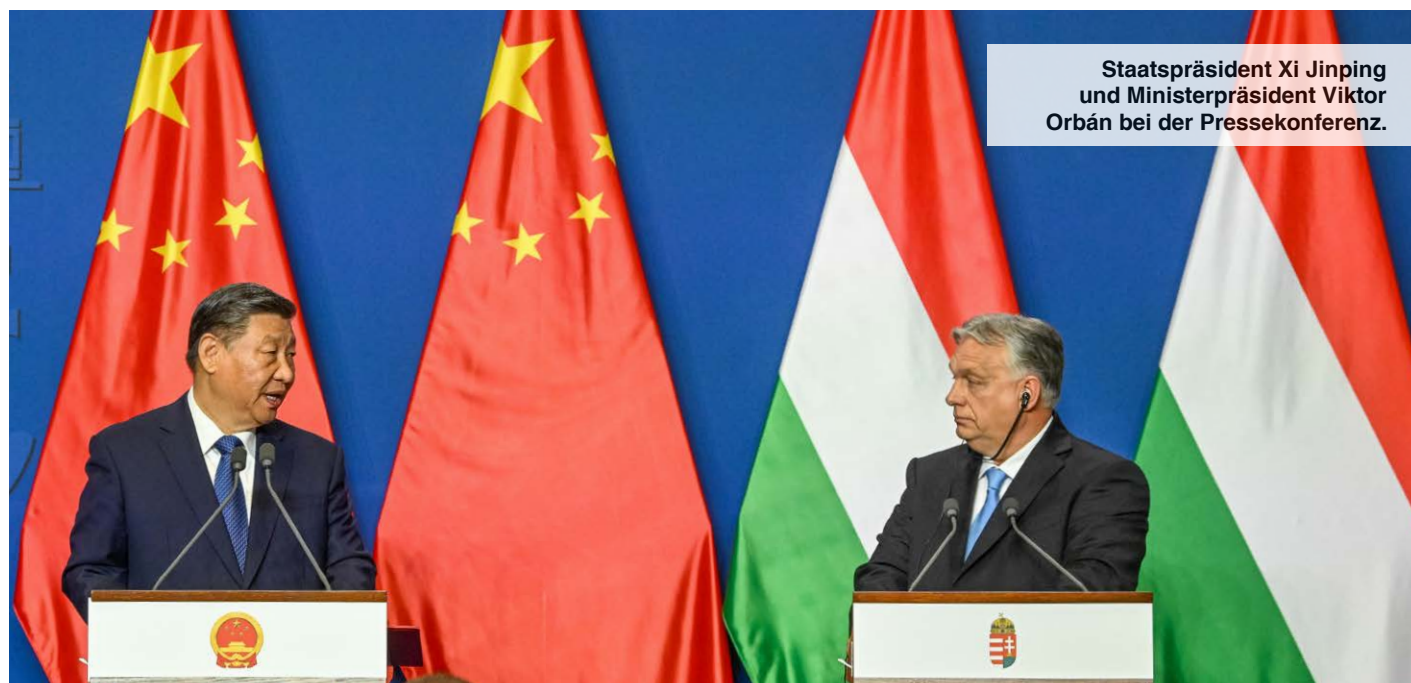
Schon immer Freunde

Für eine fortgesetzte Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen sprach sich auch der chinesische Präsident aus. Xi Jinping erwähnte die Eisenbahnlinie Budapest-Belgrad als Vorzeigeprojekt. Das von China vorangetriebene Projekt der Neuen Seidenstraße sei kompatibel mit der ungarischen Politik der Ostöffnung.

„China und Ungarn waren schon immer Freunde, aber die Beziehung zwischen den beiden Ländern ist derzeit die beste in ihrer Geschichte“, betonte Xi Jinping. Er wies darauf hin, dass die Beziehungen zwischen den beiden Ländern weiter ausgebaut werden sollten, weshalb eine Erklärung über eine umfassende strategische Partnerschaft ausgearbeitet worden sei.

Der chinesische Präsident erinnerte daran, dass dieses Jahr der 75. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen begangen wird. Beide Seiten hätten in den vergangenen 75 Jahren stets den Weg des gegenseitigen Respekts, der Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens beschritten, um ihre Beziehungen in die richtige Richtung zu lenken. China betrachte Europa als einen wichtigen Pol und unterstütze Ungarn dabei, eine gewichtigere Rolle in der EU zu spielen.

Vor der Pressekonferenz unterzeichneten die Vertreter beider Länder Abkommen und Absichtserklärungen über die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Finanzen, Landwirtschaft, Medien und Kultur.



Staatspräsident Xi Jinping und Ministerpräsident Viktor Orbán bei der Pressekonferenz.

Foto: MTI / Szilárd Koszticsák

Analyse: Ungarns außenpolitische Strategie

Vernetzung und Sicherheit durch Konnektivität

Der hochrangige Besuch von Präsident Xi Jinping in Budapest verdeutlicht, dass die guten Wirtschaftsbeziehungen Ungarns zu China Teil einer weitverzweigten strategischen Ausrichtung des Landes sind.

■ VON BENCE BAUER

Die Wende vor mehr als 30 Jahren brachte eine Zeit voller Illusionen, das „Ende der Geschichte“ schien erreicht. Die freie Demokratie hatte über den unfreien Kommunismus gesiegt, Ungarn wurde wieder Teil des „freien Westens“. Unter dem Schutz der USA begann für Europa, so schien es, ein immerwährendes goldenes Zeitalter des Friedens, der Freiheit und des Wohlstands.

Keine interessengeleitete nationale Ordnungspolitik

Die politischen Entwicklungen der letzten Jahre haben jedoch gezeigt, dass diese Vorstellungen an ihre Grenzen gestoßen sind. Die weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrisen wiesen in den europäischen Staaten schonungslos auf die Tatsache einer fehlenden interessengeleiteten nationalen Ordnungspolitik hin. Die durch die Coronapandemie bedingten Versorgungskrisen machten die Verwundbarkeit europäischer Gesellschaften deutlich. Der mühselige und schleppende Wiederaufbau („re-start“) nach den negativen wirtschaftlichen und mentalen Folgen von Covid steht auch stellvertretend für diverse Ermattungserscheinungen der postmodernen Gesellschaften des Westens, die in vielerlei Hinsicht bequem geworden sind.

Darüber hinaus sorgte die anhaltende Migrationskrise für immense Herausforderungen der zuwanderungsfreundlichen Länder. Die langfristigen Auswirkungen der Migration aus anderen Kulturkreisen zeigten vor allem in den Bereichen soziale Sicherungssysteme, Wohnungswesen, Bildung, Sicherheit, Arbeitsmarkt und öffentliche Finanzen massive negative Auswirkungen. Leidtragende waren vor

allem die mit geringen Einkommen und Vermögen ausgestatteten benachteiligten Bevölkerungsschichten. Diese als Willkommenskultur aufgefasste Migrationspolitik basierte auf einer moralisierenden Grundhaltung, hinter der sich ein globaler Gerechtigkeitsbegriff verbarg, der Staaten das Recht aberkennen will, darüber zu entscheiden, wer sich auf ihrem Territorium ansiedeln darf und wer nicht. Die Aufnahmeländer wurden dadurch aber in ihrer Selbstbehauptung nachhaltig geschwächt, ihre Gesellschaft zunehmend polarisiert und verwundbarer gemacht für eventuelle Krisen.

Der Krieg in der Ukraine und seine Folgen schwächten vor allem den alten Kontinent, der strategie-, orientierungs- und führungslos scheint, während er als Teil der westlichen Werte- und Verteidigungsgemeinschaft die Führungsrolle der Vereinigten Staaten weitgehend akzeptiert – militärisch, wirtschaftlich und politisch. Weite Teile der Welt, insbesondere wichtige aufstrebende Schwellenländer, wollen sich dem Westen unter Führung der Vereinigten Staaten gar nicht oder nur punktuell anschließen und definieren selbstbewusst ihre eigenen Interessen. Hinsichtlich der von den europäischen Nationen angestrebten strategischen Souveränität Europas ist die Zielrichtung nicht eindeutig erkennbar. Einige Länder streben dabei eine größere Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten an, andere setzen auf eine Stärkung der Komplementarität, auf mehr Mitbestimmung und Verantwortung im Konzert des westlichen Bündnisses.

Die Gefahren einer Blockbildung

Schon vor dem Krieg Russlands gegen die Ukraine warnten politische Beobachter vor den Konsequenzen neuer rivalisierender Machtblöcke, insbeson-

dere vor der Umleitung der globalen Handelsströme entlang geopolitischer Einflusszonen. Westliche Strategen diskutieren über die Notwendigkeit eines Decoupling, das heißt eines Abbaus von Wirtschaftsbeziehungen mit nicht freundlich gesinnten Ländern.

Im Fall von China wird auch von einem Derisking gesprochen, was aber in der Tendenz eine ähnliche Stoßrichtung verfolgt und in der letzten Konsequenz ebenso den Abbau bestehender Handelsbeziehungen bedeutet. Die Wirtschaftsbeziehungen mit Russland wurden binnen kürzester Zeit fast vollständig gekappt, um die Abhängigkeit beispielsweise von russischen Energieträgern zu senken. Stattdessen wurden andere – weitaus kostspieligere – Abhängigkeiten eingegangen. Es besteht die Gefahr, dass der von den Vereinigten Staaten angeführte Westen durch Beschränkungen des globalen Freihandels die Grundlagen seiner eigenen Erfolgsgeschichte, nämlich der Globalisierung, in Frage stellt.

Hinzu kommt, dass viele Beobachter ob der bisweilen anmaßenden Selbstüberhöhung der moralischen Überlegenheit von Teilen der westlichen Elite und damit verbundenen Überdehnung der eigenen Kräfte irritiert sind. In der Tat ignorieren die Vertreter der „Priestertum der Intellektuellen“ (Helmut Schelsky) im Kampf für ihre Werte die Erkenntnis, dass deren universelle Gültigkeit von vielen Gesellschaften außerhalb des Westens in Frage gestellt wird.

Diese von vielen als „Missionierung“ verstandene Politik sowie das Derisking und Decoupling führen letztlich zu einer Blockbildung, in der dann alle zur westlichen politischen Hemisphäre gehörenden Staaten die Führung der Vereinigten Staaten von Amerika in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht anerkennen – aber auch nur diese. Dieses Vorgehen beinhaltet

Ende März in Szeged, Grundierung für die vierte Fabrik von Rheinmetall in Ungarn:

Die ungarische Regierung hat seit 2016 erhebliche Reformen im Verteidigungsbereich durchgeführt und setzt auf die massive Ansiedlung von Rüstungsunternehmen.



Foto: MTT / Noémi Bruzák

auch, dass die westliche Staatengemeinschaft schrittweise die Verbindungen mit China reduziert, Sanktionsregimes etabliert, während der militärische Integrationsprozess innerhalb des Blocks verstärkt wird. Die neudefinierte Rolle der USA ist nicht unbedingt die der globalen Hegemonialmacht, sondern vor allem die der weltanschaulichen und ideologischen Führungsmacht. Diese ist neuerdings stark von den Gedanken des Wokeismus, des Postkolonialismus und der Genderideologie geprägt.

Auch auf diese globale Gemengelage reagieren viele Europäer mit der Forderung nach einer strategischen Autonomie – das war viele Jahre lang ein Axiom in Positionspapieren, Podiumsdiskussionen und Parlamentsdebatten in den Mitgliedsstaaten. Doch der Ukraine-Krieg hat eindeutig aufgezeigt: Die Europäer sind und bleiben auf die konventionellen Verteidigungskapazitäten und den atomaren Schutzschirm der USA angewiesen. Die Entwicklung in der Ukraine hat jedoch zu einem Umdenken „im alten Europa“ geführt. Die westlichen Länder folgen nun vielen „neuen“ Ländern und stellen erheblich mehr Ressourcen für die Verteidigung zur Verfügung.

Die ungarische Regierung hat das sicherheitspolitische Defizit schon sehr frühzeitig erkannt und seit 2016 erhebliche Reformen im Verteidigungsbereich durchgeführt und vor allem in militärische Ausrüstung sowie in die Ansiedlung von Rüstungsindustrien, unter anderem in eine umfangreiche Kooperation mit Rheinmetall, investiert. Ferner hat der ungarische Ministerpräsident als einer der ersten die Aufstellung einer europäischen Armee sowie spezielle NATO-Beistandsgarantien für Polen und das Baltikum gefordert und durch eine weitgehende Diversifizierung der Rüstungseinkäufe und Ansiedlung von Unternehmen des

Verteidigungssektors – vor allem aus Deutschland, aber auch aus Israel, der Türkei, den USA, Schweden oder Norwegen – eine kluge Vernetzung der Sicherheits- mit den Wirtschaftsinteressen umgesetzt.

Mögliche globale Entwicklungen

Die wirtschaftlich zwar schwächer, doch ideologisch stärker werdende Führungsrolle der Vereinigten Staaten im globalen Kontext bleibt wohl bestehen, doch stellt sich die Frage, welche anderen globalen Führungsmächte in welcher Zahl werden aufschließen können und welche weltweiten Szenarien in Betracht kommen.

Nach der ersten Möglichkeit bliebe die weltweite Ordnung eine unipolare Weltordnung mit einer unbestrittenen Hegemonialstellung der Vereinigten Staaten. Laut einem zweiten Szenario aber könnte der bisherige Hegemon durch das aufstrebende China ersetzt werden. Der dritten Eventualität zufolge könnte sich in Zukunft eine bipolare Welt einstellen, geprägt von einer verschärften Blockbildung zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten sowie China mit seinen Verbündeten. Einem vierten Szenario nach entstünde eine multipolare Welt mit mehreren Polen als zentralen Akteuren, wie den USA, China, Indien, der EU und weiteren.

Gemäß der vierten Variante käme es zu einem völligen Chaos in der internationalen Friedensordnung mit einer undurchschaubaren Gemengelage. Während die erste, zweite und dritte Theorie eine gewisse Berechenbarkeit stipulieren, herrscht die größte Unsicherheit bei der Multipolarität oder dem Chaos. Doch die voraussichtlich eintretende Multipolarität böte vor allem den Europäern Chancen, ihre Selbstbestimmung und Selbstbehauptung zu erkämpfen.

Wer hat welche Macht?

In militärischer Hinsicht verfügt der von den Vereinigten Staaten geführte Westen über erhebliche Ressourcen. Seine zentrale Position kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum bestritten werden. Unter den zehn Ländern mit den meisten Militärausgaben befinden sich immer noch vier westliche, und die Hälfte aller globalen Militärausgaben entfällt auf die Vereinigten Staaten und ihre Bündnispartner. China folgt zwar unmittelbar auf die USA, doch zeigt sich im direkten Vergleich die Dominanz der USA und ihrer Verbündeten in allen Waffengattungen. Diese an sich beruhigende Situation unterstreicht die Bedeutung des westlichen Verteidigungsbündnisses NATO, dessen stolze Mitglieder die Mittel- und Osteuropäer seit nunmehr 25 Jahren sind. Dieses starke Militärbündnis ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung einer erfolgreichen Sicherheitspolitik.

Ganz anders erscheint die Lage in wirtschaftlicher Hinsicht zu sein. Heute repräsentiert der Westen weniger als die Hälfte der globalen Wirtschaftskraft, insbesondere bei den Rohstoffen und den Energieträgern hat der Osten deutlich mehr Zugriff auf wichtige Ressourcen. Ebenso in demographischer Perspektive fällt der Westen deutlich zurück und verfügt nur noch über ein Achtel der Weltbevölkerung. Während vor 20 Jahren die meisten Länder die USA als Handelspartner Nummer eins hatten, ist dies heute in den meisten Fällen die Volksrepublik China. Eine politische Blockbildung kann aber global auch Verbündete der USA von diesen entfremden, wenn auf ideologische Weise Gefolgschaft auch in den Bereichen Freund und Feind, Demokratie gegen Autokratie verlangt wird. Die vielen bisherigen nichtdemokratischen Verbündeten der Vereinigten Staaten könnten sich von diesen abwenden, wenn weltanschaulich ein starker politischer Druck ausgeübt wird. Dazu kann es leicht kommen, schließlich befindet sich der Westen noch immer in einem Zustand „zwischen Anmaßung und Selbsthass“ (Susanne Schröter).

Eine geopolitische Entscheidungsschlacht um die globale Vormachtstellung können die westlichen Staaten nunmehr kaum in wirtschaftlicher oder demographischer Hinsicht gewinnen, sondern nur noch militärisch. Im Zeitalter von Massenvernichtungswaffen

kann die Menschheit daran aber kein Interesse haben, so wie kein vernünftiger Mensch auch jemals ein Interesse haben kann, die Fragen der Hegemonialstellung auf dem Schlachtfeld zu entscheiden. Den Europäern muss daran gelegen sein, den Frieden zu bewahren und eine eigenständige Rolle in der neuen Ausgangslage zu finden.

Wohin steuert Europa?

Es kam in der Geschichte immer wieder vor, dass ein Hegemon nicht mehr stark genug war, um die von ihm abhängigen Staaten zu unterstützen, aber immer noch stark genug, um sie zu dominieren oder auf verschiedene Weise Einfluss auf ihre inneren Angelegenheiten zu nehmen. Das gegenwärtige Verhältnis zwischen Russland und Armenien wird bisweilen so beschrieben. Doch auch im Verhältnis zwischen den USA und Europa erkennen bereits heute einige Kritiker der transatlantischen Beziehungen ein solches Muster.

Vor diesem Hintergrund sollte die sich abzeichnende globale Neuordnung als Chance der EU und ihrer Mitgliedsländer zur eigenen Selbstbestimmung und Selbstbehauptung verstanden und diese schlussendlich für die immer wieder geforderte strategische Souveränität des Kontinents genutzt werden. Damit kann Europa aus seinen immensen intellektuellen, geographischen und politischen Ressourcen Kapital schlagen und ein wichtiger Akteur im Hinblick auf eine neue Weltordnung werden.

Was ist die Alternative zur Autonomie? Zurzeit vervielfacht der von den USA angeführte Westen in der beschriebenen Mischung aus Selbstüberhöhung und Selbstüberdehnung die globalen Frontstellungen gegen viele Akteure der Weltpolitik wie China, Russland, Indien oder auch den globalen Süden. Dabei wird eine Abgrenzung und Ausgrenzung betrieben, die immer mehr Selbstzweck wird, mit der aber viele andere Staaten der Welt kaum etwas anfangen dürften, die sich immer mehr vom Westen entfernen. Es wäre die am weitesten erfolgversprechende Herangehensweise für die Europäer, diese Tendenzen zu erkennen und sich ihre eigenen globalen Aktionsradien auszubauen, zu sichern und zu verteidigen, um langfristig als virulenter weltweiter Akteur in Erscheinung zu treten und von den anderen auch als solcher akzeptiert zu werden.



Konnektivität als möglicher Ausweg

Aus der zuvor skizzierten Abwärtsspirale können einzelne Länder oder Regionen herauskommen, die sich nicht auf diese ausweglose Konfrontation einlassen, sondern deren innere Verfasstheit, demokratische Ordnung und intellektuelle

Sitz der EU-Kommission in Brüssel:

Europa könnte aus seinen immensen intellektuellen, geographischen und politischen Ressourcen Kapital schlagen und ein wichtiger Akteur im Hinblick auf eine neue Weltordnung werden.



Foto: B.Z. / Jan Mainka

tuelle Konstitution es ihnen erlauben, negative Denkschemata zu verlassen und einen anderen, ausgleichenden Weg einzuschlagen. Sie benötigen eine Strategie, die ihren geschichtlichen, kulturellen, geographischen, wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen am besten entspricht. Sie können somit Länder sein, die als gedankliche Schar-

niere der internationalen Ordnung diese intakt halten und eine derart zentrale, ausbalancierende Rolle einnehmen, dass sich auch andere auf sie stützen können. In der bisherigen internationalen Ordnung sind Kanada, Brasilien, Kasachstan und Indonesien als solche „konnektiven Staaten“ aufgefallen. Notwendige Voraussetzungen hierfür sind

eine entsprechende geographische Lage, eine stabile politische Führung des Landes, starke Wirtschaftsakteure, international vernetzte Institutionen, die feste Verankerung in der Region und gut ausgebildete Staatsbürger.

Innerhalb der Europäischen Union verfolgt neben Ungarn auch Frankreich diesen konnektiven Ansatz. Der Prä-



Ministerpräsident Viktor Orbán letzten Oktober beim Besuch der BYD-Zentrale in Shenzhen – links im Bild ist BYD-Gründer und -CEO Wang Chuanfu zu sehen: Ungarn hält nichts von einer erneuten Blockbildung und setzt stattdessen auf Konnektivität und eine multivektorale Außenpolitik.

sident der „Grande Nation“, Emmanuel Macron, forderte bei verschiedenen Anlässen, zuletzt prominent Ende vergangenen Jahres auf dem Rückflug aus Peking, Europa dürfe nicht blind „dem amerikanischen Rhythmus“ folgen. Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz bemerkte zur neuen außenpolitischen Leitlinie Ungarns, es handele sich um das ambitionierte Streben um weitgefächerte politische Beziehungen und ökonomische Kooperation innerhalb und außerhalb der eigenen natürlichen geopolitischen Umgebung. Mittelmacht zu sein – eine vermittelnde Macht, die ein engmaschiges Netz aus diplomatischen Kontakten, aber auch aus Handels- und Verkehrsströmen und gegenseitigen Direktinvestitionen webt

– ist der Kern der ungarischen Konnektivität, und darum ist es Ungarn sehr daran gelegen, den Neuzuschnitt der Welt in feindliche Blöcke zu vermeiden.

Wodurch eignet sich Ungarn aber als vermittelnder, auf den Prinzipien der Konnektivität aufbauender Staat? Es verfügt zum einen über einen sehr hohen Bildungsgrad seiner Einwohner und eine solide Ausbildung der Arbeitnehmerschaft. Die wirtschaftsfreundliche Politik des Landes hat viele Menschen gut und erfolgreich integriert. Zudem machen die innere Verfasstheit mit einer starken Wertebindung der jüdisch-christlichen Zivilisation, die Ablehnung der illegalen Migration sowie die erfolgreiche Familien- und Geburtenpolitik das Land stark und selbst-

bestimmt. Die Selbstbehauptung des Landes und das Eintreten für die eigene Bevölkerung stehen im Mittelpunkt. Die auf festen Fundamenten ruhende Gesellschaftspolitik und die politische Stabilität ermöglichen eine solide innere Kohäsion.

Ein wichtiger Pfeiler der angestrebten strategischen Autonomie ist insbesondere eine international wettbewerbsfähige Wirtschaft. In diesem Kontext ist die seit 2010 vorgenommene Neuorientierung der ungarischen Wirtschaftspolitik von elementarer Bedeutung. So hat sich die ungarische Exportleistung in den letzten 15 Jahren verdreifacht. Der Anteil der ungarischen Exporte am Bruttoinlandsprodukt (BIP) erreicht heute rund 85 Prozent und wächst stetig.



Foto: MTI / Zoltán Fischer

von Wirtschaftsfragen und die Blockbildung. Statt einer Blockbildung sollte die Ost-West-Kooperation stärker gefördert werden. Es gebe heute zudem eine vollständige Diversifizierung der ausländischen Direktinvestitionen, wobei die höchsten Investitionen in den letzten vier Jahren aus Südkorea und China kämen. Deutsche und US-amerikanische Unternehmen seien bei der Zahl der Projekte aber weiterhin führend. Die Außenwirtschaftspolitik dominiert eindeutig das auswärtige Handeln des Landes, wobei die Regierung dabei eine fein austarierte Förderpolitik verfolgt. Ziel ist es, die wirkungsmächtigsten Nationen mit umfangreichen Investitionen nach Ungarn zu bringen, um so auch außenpolitisch größere Spielräume nutzen zu können.

Es bleibt festzuhalten, dass besonders die Ungarn die Entwicklung von neuen Machtblöcken mit großer Sorge beobachten, denn zu lange lebten sie in einem Grenzland, zu oft war man fremdbeherrscht, zu stark ist noch die Erinnerung an die Zeit als Frontstaat des Ostblocks – des Verliererblocks. Die eigene Geschichte hat sie gelehrt, dass bei Auseinandersetzungen der Zentren solcher Blöcke in der Regel die Peripherie leidet.

In einer neuen Blockbildung finden sich die Grenzstaaten der Europäischen Union plötzlich am Rande der eigenen Zivilisation, in einem Übergangsgebiet wieder. In diesen Regionen macht sich Unsicherheit breit, ob nun wirklich alle Mitglieder des Blocks sie im Krisenfall militärisch, politisch oder wirtschaftlich angemessen unterstützen würden. Im 20. Jahrhundert war Ungarn lange Zeit von Feinden umgeben und konnte erst in den letzten Jahren einvernehmliche, nachhaltige und belastbare Partnerschaften in seiner Nachbarschaft und Region aufbauen.

Das 21. Jahrhundert soll nun im Zeichen der Kooperation und Konnektivität stehen, und so ist Ungarn auf europäischer Ebene zum stärksten Befürworter einer EU-Erweiterung der Westbalkanstaaten geworden. In diesem Sinne wird das Land die anstehende EU-Ratspräsidentschaft intensiv zur Ausweitung der Konnektivität in der Region nutzen. Erklärtes Ziel der ungarischen Politik ist es, ein starkes Europa zu erreichen, das selbstbewusst auftreten kann.

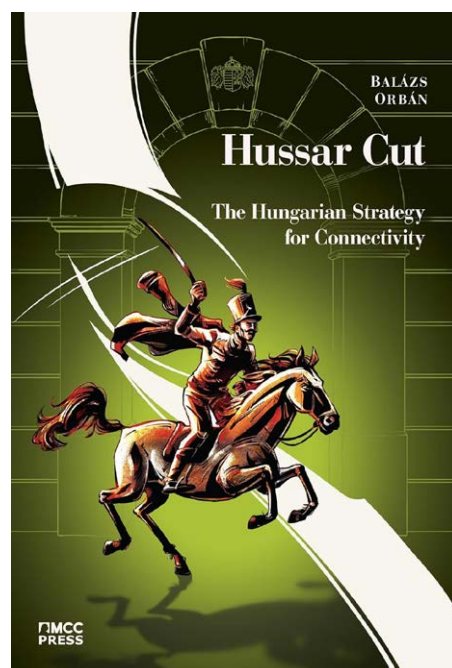
Ausblick

Konnektivität und Resilienz sind erforderlich, wenn es um die Verfestigung

eines globalen Handlungsrahmens geht, in dem die Europäer ihre globale Handlungsfähigkeit wiedererlangen können und so in die Lage versetzt werden, ihre Selbstbestimmung und Selbstbehauptung auszubauen. Aus diesen Gründen kann die strategische Souveränität des Kontinents gedanklich gut auf dem Leitbild der Konnektivität gründen, denn diese erlaubt es, sich auf seine eigenen Kräfte und Interessen zu konzentrieren, diese auch offensiv zu vertreten und einen eigenen Handlungsrahmen auszubauen. Die Europäische Union wäre gut beraten, die Möglichkeiten der Strategie der Konnektivität zu erkunden und anzuwenden und in diesem Sinne in einen friedlichen, belastbaren und nachhaltigen Dialog mit den führenden Mächten dieser Welt einzutreten, um die eigene Zukunftsfähigkeit als starkes und selbstbewusstes Europa zu sichern. Dies liegt im Interesse nicht nur Ungarns und Deutschlands, sondern sicher auch im Interesse aller Europäer.

Der Autor ist Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit am Mathias Corvinus Collegium in Budapest/Ungarn. Er ist Mitherausgeber von „Hungarian Conservative“ und publiziert zu zeitgeschichtlichen und europapolitischen Themen in verschiedensten Medien in deutscher, englischer und ungarischer Sprache.

Der Artikel fußt inhaltlich auf dem jüngst erschienenen Buch von Balázs Orbán: „Hussar Cut: The Hungarian Strategy for Connectivity“, Budapest 2024.



Auch die ausländischen Direktinvestitionen erreichen immer neue Höchstwerte. Träger dieser Entwicklung ist vor allem eine Öffnung der ungarischen Wirtschaft nach Osten, denn die Märkte im Westen boten nach den Wirtschafts- und Finanzkrisen keine ausreichenden Wachstumsperspektiven.

Voraussetzung dieser erfolgreichen „unorthodoxen“ Wirtschaftspolitik war die Ausübung der nationalen Souveränität über wichtige Instrumente der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Die ungarische Regierung sieht diese Freiheit in Gefahr. Immer wieder weist sie darauf hin, dass sich in der Europäischen Union Prozesse vollziehen, die den Interessen Ungarns zuwiderlaufen würden, insbesondere die Politisierung

Orbán im Kossuth-Radio

„Wir lassen uns nicht in den Krieg hineinziehen“

„Die Europawahlen entscheiden darüber, wie viele Stimmen das Kriegslager und wie viele Stimmen das Friedenslager erhält.“ Diese Einschätzung gab Ministerpräsident Viktor Orbán am Freitag im üblichen Interview für das Kossuth-Radio.

In Ungarn seien die Verhältnisse sonnenklar: Wer für Frieden ist, gibt seine Stimme dem Fidesz, wer den Krieg befürwortet, wählt die Linken. Europa spiele, indem es sich auf den Kriegspfad begeben hat, mit dem Feuer. Seit mehr als zwei Jahren würden führende europäische Politiker, die sich von einer Kriegspsychose treiben lassen, über Strategien im Krieg und über Sanktionen schlaumeiern.

NATO-Feuertaufe im Jahre 1999

„Wir Ungarn haben den Jugoslawien-Krieg hautnah erlebt, wir haben die Erfahrung, wenn sich das alles vor deiner Nase abspielt. Deshalb können wir nicht die Einstellung jener teilen, die den Krieg wie ein Thema zum Nachmittagstee behandeln.“ Der Ministerpräsident sieht konkrete Absichten hinter Äußerungen, wie sie der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell oder der polnische Außenminister Radek Sikorski taten. (Borrell meinte, ein Flächenkrieg in Europa sei nicht länger auszuschließen, Sikorski betonte, es gebe keine diploma-

„Auch heute noch ist es besser für uns, zur EU dazuzugehören. Aber bei unserem Beitritt 2004 war nicht davon die Rede, dass Millionen illegale Migranten aufgenommen werden, und dass ein Land bestraft wird, in dessen Verfassung der Vater ein Mann und die Mutter eine Frau ist.“

Ministerpräsident Viktor Orbán im Kossuth-Radio.



Foto: MTI/ Zoltán Fischer

Ministerpräsident Viktor Orbán im Kossuth-Radio:

„Es gibt tatsächlich Politiker, die den Krieg wie ein Thema zum Nachmittagstee behandeln.“

tische Lösung, nur rohe militärische Gewalt könne eine Lösung herbeiführen.)

Aus zwei Weltkriegen gelernt

Viktor Orbán erinnerte daran, dass Ungarn gleich nach seinem NATO-Beitritt 1999 seine „Feuertaufe“ erhielt. Als die NATO Angriffe auf Serbien beschloss, stellte das Land Militärbasen für die Flugeinsätze zur Verfügung. „Die Amerikaner formulierten damals konkrete Pläne für die Eröffnung einer zweiten Front an der ungarischen Grenze zu Serbien. Diese Pläne lehnte ich jedoch ab, so dass es gelang, Ungarn aus dem Krieg so gut es ging herauszuhal-

ten“, warf der Ministerpräsident einen Blick zurück.

Auch wenn sich der damalige Konflikt in seinen Dimensionen nicht mit dem Ukraine-Krieg vergleichen lasse, stellte der Flüchtlingsstrom Ungarn und speziell die Region Pécs doch vor große Herausforderungen. Orbán hielt fest, Ungarn habe aus zwei Weltkriegen gelernt, für die dieses Volk einen besonders hohen Preis zahlen musste. „Wir werden nicht zulassen, dass Ungarn auch ein drittes Mal in einen Krieg hineingezogen wird, für den wir am Ende bezahlen müssen.“ Europa brauche eine Sicherheitsarchitektur, die Russland einschließt.

► RA

EU-Konferenz

Dem Freiheitsgedanken abgeschworen

„Die ungarische Ratspräsidentschaft hilft der EU, ein halbes Jahr lang ein wenig besser abzuschneiden.“ Diese etwas sarkastische Ansicht teilte Kanzleramtsminister Gergely Gulyás auf einer Konferenz zum 20. Jubiläum der Osterweiterung mit.

Die Gemeinschaft sei damals angetreten, in Sachen Wettbewerbsfähigkeit und Wohlfahrt globale Maßstäbe zu setzen. In Wirklichkeit aber hätten die USA ihr BIP seither auf 23.000 Mrd. USD nahezu verdoppelt und China das seine mit einem unglaublichen Sprung auf ca. 17.500 Mrd. USD vervielfacht, während die EU ihr kumuliertes BIP binnen zwei Jahrzehnten gerade einmal von 11.900 auf 16.600 Mrd. USD mehrern konnte.

Brüssel torpediert die Einheit

Doch nicht nur im Wettbewerb falle die EU zurück, auch dem Freiheitsge-

danken scheint man in den Institutionen der Gemeinschaft abgeschworen zu haben. Brüssel engagiere sich nicht länger für eine Einheit der Mitgliedstaaten, sondern agiere genau dagegen, wenn einzelne Länder „unbegründet“ sanktioniert werden.

Recht respektieren

Der Minister stellte hierzu die ungarische Position klar: „Wenn das Recht nicht endlich wieder Respekt erlangt, wird es sehr schwer werden, die EU auf lange Sicht zusammenzuhalten.“ Die schwersten Fehler begehe die EU-Zentrale jedoch auf dem Gebiet des

Umweltschutzes, wo die eingeleiteten Maßnahmen kaum zu sinkenden Schadstoffemissionen führen, aber sehr wohl die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen untergraben. Ebenso sei Brüssel bis heute eine „brauchbare Antwort“ auf die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts, die unkontrollierte Zuwanderung schuldig.

Gulyás behauptete bei der Aufzählung der ungarischen Erfolge in zwei Jahrzehnten als EU-Mitglied, man habe 80% des durchschnittlichen Lebensniveaus in der Gemeinschaft erreicht und sehr gute Chancen, bis 2030 auch die Zielmarke von 90% zu meistern.

► RA



Kanzleramtsminister Gergely Gulyás vermisst jede „brauchbare Antwort“ aus Brüssel auf die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts, die unkontrollierte Zuwanderung.

Marsch des Lebens

Gedenken an den Holocaust

Am Sonntag fand in Budapest zum 20. Mal der Marsch des Lebens statt, um an die Opfer des Holocaust zu erinnern.

Beginn des Marsches an der Großen Synagoge in der Dohány utca.



Fotos: MTI/Péter Lakatos

Mit nahezu einhundert Holocaust-Überlebenden (die in diesem Jahr in e-Fahrzeugen befördert wurden) und zum Klang des Schofarhorns zogen die Teilnehmer des Mahnmarsches von der Synagoge in der Dohány utca zum Ostbahnhof. Dort erinnerten Redner an den Terroranschlag auf Israel am 7. Oktober und warnten vor den Gefahren eines wieder aufkeimenden Antisemitismus.

Ungarn Vorbild für Nulltoleranzpolitik

Der Botschafter Israels in Budapest, Yakov Hadas-Handelman, betonte die Bedeutung der Erziehung der jungen Generation, um gegen Rassismus, Diskriminierung und Ungerechtigkeit vorzugehen. Er stellte mit Bedauern fest, dass Juden 80 Jahre nach dem Holocaust weltweit erneut Angst haben müssen. In

diesem Zusammenhang bezeichnete er Ungarn als Insel der Erneuerung mit einer blühenden jüdischen Gemeinde. Er dankte der Regierung für ihre Unterstützung und hob hervor, dass Ungarn eine Vorbildfunktion bei der Umsetzung einer Nulltoleranzpolitik gegen Antisemitismus einnehme.

Ruf nach Freiheit und Leben

In einer Videobotschaft erklärte Israels Staatspräsident Jitzchak Herzog, dass der Holocaust zwar ein einzigartiges Verbrechen in der Geschichte der Menschheit darstelle, die jüdische Gemeinschaft jedoch in den letzten Monaten erneut eine tiefe Tragödie erlitten habe. Mit Blick auf den Terroranschlag der Hamas vom 7. Oktober sagte er, dass die Blindheit des Hasses Gegner des jüdischen Volkes und des Staates Israel

zu Mord, Folter, Raub, Zerstörung, Vergewaltigung und Entführung getrieben habe. Die Opfer des Anschlags würden Gerechtigkeit, Freiheit und ihr Recht auf Leben fordern.

Gábor Gordon, Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Marsch des Lebens, sagte, die schrecklichen Gräueltaten des Holocaust – eines der größten Völkermorde der Menschheit – müssten immer in Erinnerung bleiben, auch um die Liebe zum Leben und den Willen zu leben zu feiern. Er begrüßte insbesondere die Holocaust-Überlebenden, die an der Gedenkveranstaltung teilnahmen. Sie bezeichnete er als die eigentlichen VIP-Gäste der Veranstaltung, die den Tod durch ihren Lebenswillen überwunden hätten. Im Hinblick auf den 7. Oktober sagte er, es sei beunruhigend, dass nicht nur in muslimischen Ländern, sondern auch in Großstädten der westlichen Zivilisation Menschen-

massen die mörderischen Terrorakte der Hamas feierten.

Westliche Welt schaut untätig zu

Baruch Adler, stellvertretender Direktor der internationalen Organisation March of the Living, sagte in diesem Kontext, das Schweigen der Welt nach den Ereignissen vom 7. Oktober sei „ohrenbetäubend“. Das Versprechen „Nie wieder!“ klinge angesichts der unerbittlichen Brutalität hohl, wir sollten uns als Bürger der freien Welt dafür schämen, dass wir untätig zusehen, wie sich die Geschichte wiederholt. Den Marsch des Lebens nannte er einen Triumph des Guten über das Böse.

Zu Beginn der Veranstaltung wurde auf dem Tivadar-Herzl-Platz vor der Synagoge in der Dohány utca eine Gedenktafel zum Andenken an die 440.000 ungarischen Juden enthüllt, die zwischen dem 15. Mai und dem 9. Juli 1944 deportiert und ermordet wurden. Am Ende der Gedenkveranstaltung wurden Kerzen zum Gedenken an die Opfer des Holocaust und des Terroranschlags vom 7. Oktober angezündet.

► CHV



Auf dem Baross tér vor dem Ostbahnhof fand der Marsch sein Ende.




14 / 05 / 2024
Dienstag 18:00 Uhr

Scruton MCC
Tas vezér utca 3-7,
1113 Budapest

Antisemitismus in Deutschland

CHAIM NOLL
Deutsch-israelischer Schriftsteller und Journalist



ANMELDUNG:


Zur Veranstaltung am Mathias Corvinus Collegium laden wir Sie herzlich ein.
Weitere Informationen zur Anmeldung finden sie unter:
<https://deutsch-ungarisches-institut.hu>

Orbán auf der CPAC Hungary

„Wir brauchen einen neuen Weltgeist“

„Ganz Europa wird von einem „progressiv-liberalen“ Ozean geflutet, nur das Volk der Magyaren hält sich auf einer kleinen Insel der Konservativen.“ Mit diesem Bild erklärte Ministerpräsident Viktor Orbán das große internationale Interesse an der konservativen Konferenz CPAC Hungary.



Fotos: MTI / Szilárd Koszlicsák

Ministerpräsident Viktor Orbán auf der CPAC Hungary:

„Die liberale Hegemonie hat die Welt zu einem schlechteren Ort gemacht.“

Ungarn setze sich gegen die „liberale Flut“ aus Brüssel, Berlin und Washington zur Wehr. In Budapest können konservative Treffen noch frei abgehalten werden, hier werden weder die Organisatoren noch deren Familien bedroht, und keiner ruft die Polizei, wie das unlängst bei der NatCon-Konferenz in Brüssel geschah, erinnerte Orbán.

„Hier haben wir einen Rechtsstaat“

„Bei uns läuft das anders, wir haben hier einen Rechtsstaat, wo jeder sagen kann, was er will.“ Im Gegensatz zum

belgischen Ministerpräsidenten könne er den Gerichten keine Weisungen geben. Zur Entwicklung in Brüssel, dem „Paradies der europäischen Liberalen“, kam Orbán der alte Witz in den Sinn: „Sagen Sie, ist das schon der Kommunismus oder wird es noch schlimmer?!“

Unter den Gästen in Budapest begrüßte der Ministerpräsident gesondert den früheren Premierminister Australiens, Tony Abbott. „Er war unser Held, als er die ersten Wellen der unkontrollierten Zuwanderung stoppte, denn er zeigte uns, wie man das anstellen muss. Seither ist aus dem Vorbild ein Freund geworden.“

Ministerpräsident Viktor Orbán:
„Mögen die Wahlen 2024 ein Ende
dieser verkehrten Welt bringen.“



Diffamiert und zum Schweigen gebracht

Weil die Liberalen heute weltweit um ihre Macht fürchten müssen, greifen sie zu politischen Repressalien wie einst die Kommunisten. Orbán beschrieb ausführlich deren Rezept, weil dies im Westen noch weitgehend unbekannt sei. So würden die Begriffe umgedeutet, frei nach Orwell sei heute Krieg normal, an Stelle von Frieden, und illegale Einwanderer gelten als Ressourcen.

Diese neue „Normalität“ werde der Gesellschaft mit allen Mitteln des Staates „beigebracht“. Unangenehme Personen werden von „Hütern der Demokratie“ als radikal diffamiert und von einem Heer der Aktivisten zum Schweigen gebracht. Wer immer noch nicht klein beigegeben hat, den nehmen die staatlichen Organe in die Mangel.

Genau diese Verfahrensweise wende Brüssel gegen Ungarn an, oder die Liberalen in den USA, wenn Donald Trump gericht-

lich von den Wahlzetteln verschwinden soll. Orbán äußerte seine Hoffnung, die diesjährigen Wahlen mögen ein Ende dieser verkehrten Welt bringen, in der die Demokratien Krieg führen und unfähige Eliten die Menschen leiten wollen.

Orbán: „Das Volk ist der wahre Souverän“

„Wir brauchen einen neuen Weltgeist, eine souveränistische Weltordnung, ohne globale Ideologien. Maßgeblich müssen wieder die nationalen Interessen sein, und das Volk als der wahre Souverän auftreten.“ An die Stelle der „offenen Gesellschaften“ nach dem Soros-Szenario müssten „geschützte“ Gesellschaften treten.

Die Wirtschaft sollte sich von gegenseitigen Vorteilen leiten lassen, die Staaten würden sich über vernetzte Beziehungsgeflechte vor einseitigen Abhängigkeiten schützen.

► RA

Interview mit dem Vorsitzenden der WerteUnion, Dr. Hans-Georg Maaßen

Ungarn steht nicht alleine da!

Ebenso wie bei der vorjährigen CPAC Hungary war auch jetzt wieder Dr. Hans-Georg Maaßen – inzwischen Vorsitzender der neuen Partei WerteUnion – der einzige Redner aus Deutschland. Wir unterhielten uns mit ihm über seine Eindrücke von der Konferenz sowie die WerteUnion.

„Sollte Deutschland eine Politikwende hinbekommen, dann wäre das ein mächtiges Hoffnungssignal für alle Europäer. Ein Zeichen, dass Europa doch noch nicht verloren ist.“



Foto: MTI/Noémi Bruzsák

■ *Welche Unterschiede haben Sie im Vergleich zur CPAC Hungary vom letzten Jahr festgestellt?*

Zunächst einmal ist der Veranstaltungsort zu nennen. Der vorherige, der so genannte Walfisch, war auch schon imposant, der aktuelle, eine große Halle im Millenáris Park, war aber noch viel großzügiger und offener. Die ganze Ausrichtung wirkte irgendwie auch offensiver. Es ging hier nicht um ein kleines, verstecktes Netzwerktreffen. Über der Veranstaltung schwebte der Anspruch, mit dazu beizutragen, Brüssel und

Washington wieder „zurückzuholen“. Unter den Teilnehmern waren erstaunlich viele Nicht-Europäer. Insgesamt waren viele hochrangige Persönlichkeiten zugegen, mehr als im letzten Jahr. Der internationale Konservatismus und die internationale Politik der Normalität gaben sich hier in Budapest ein bemerkenswertes Stelldichein.

■ *Wie empfanden Sie die Rede von Ministerpräsident Orbán?*

Sie stellt in gewisser Hinsicht einen Bruch dar. Vor einem Jahr hatte Orbán

noch erklärt, warum Ungarn in Europa nicht die Führungsrolle der Konservativen übernehmen kann. Ungarn sei einfach zu klein und müsse Rücksicht auf seine nationalen Interessen nehmen. Jetzt hingegen habe ich Orbán unglaublich offensiv und kämpferisch wahrgenommen. Er scheint erkannt zu haben, dass Ungarn auch weiterhin einen schweren Stand haben und weiter diffamiert und ausgegrenzt wird, wenn das Land keinen Schulterchluss zu allen anderen konservativen Kräften in Europa hinbekommt – egal, ob sie bereits in Regierungsverantwortung sind oder noch mehr oder weniger davon entfernt.



Dr. Hans-Georg Maaßen zusammen mit den Abgeordneten Ernő Boros-Schaller und Beni-Oni Ardelean:

„Wir erleben derzeit die letzte Chance, die europäische Kultur und Zivilisation zu bewahren.“

Foto: CPAC Hungary

Zu diesem neuen Selbstbewusstsein passte auch die Aussage des ungarischen Parlamentspräsidenten in seiner Dinner Speech, wonach Ungarn inzwischen das „europäische Hauptquartier der Normalität“ sei.

■ *Das ungarische Regierungslager setzt also immer mehr auf eine „Flucht nach vorn“ und lässt bisherige Rücksichten fallen?*

In der derzeitigen Situation, in der Ungarn pausenlos angegriffen und „bestraft“ wird, ist es wichtig, dass die ungarische Führung begreift, dass Ungarn nicht alleine dasteht. Es gibt sehr, sehr viele, die Ungarn unterstützen. Es sind nicht nur diejenigen, die in ihren Heimatländern derzeit in Regierungsverantwortung sind, sondern auch solche, die noch auf dem Weg dahin sind.

Ungarn steht nicht alleine da! Wenn es die Führungsrolle des Lagers der konservativen und Normalpolitiker in Europa immer beherzter ergreift, dann kann es sich darauf verlassen, dass bald noch mehr Europäer hinter Ungarn, dem Fidesz und Orbán stehen werden.

■ *Wie war das Panel, an dem Sie teilnahmen?*

Sein Hauptthema war die Migration, speziell die illegale Migration. Wie schaffen wir es, die europäische Kultur zu bewahren und die Grenzen zu schützen? Beides hängt ja eng miteinander zusammen. Meine Mitdiskutanten waren der ungarische EP-Abgeordnete Ernő Boros-Schaller (Fidesz) und der rumänische Abgeordnete und Vize-Präsident der Nationalliberalen Partei (PNL) Beni-Oni Ardelean. Wir waren uns darin einig,

dass wir uns quasi mitten im Endspiel um Europa befinden. Wir erleben derzeit die letzte Chance, die europäische Kultur und Zivilisation zu bewahren.

Was derzeit in Europa stattfindet, ist kein Zuzug von ein paar Asylsuchenden. Es geht nicht um die Aufnahme von einigen Asylbewerbern, die politisch verfolgt werden. Es geht vielmehr darum, dass aus ideologischen Motiven Millionen Menschen aus Staaten mit einer uns komplett fremden Kultur bei uns angesiedelt werden sollen. Die politische Motivation, die dahinter steht, ist der Hass auf Europa und die jeweiligen europäischen Länder. Diese dahinter stehenden Herrschaften wollen einen völlig anderen Staat, eine andere Europäische Union, in der letztlich eine kleine Clique von linksextremen Ideologen bestimmt, wie wir alle zu leben haben.

Durch den Zuzug von Millionen von Migranten nach Europa würde dieses Vorhaben erleichtert werden. Das muss mit allen Mitteln verhindert werden! Deswegen ist es notwendig, dass wir diese Herrschaften schnellstmöglich auf europäischer und auch auf nationaler Ebene von den Schalthebeln der Macht wegwählen.

■ *Das mit der illegalen Migration ist derzeit vor allem ein westeuropäisches Problem...*

Deutschland ist derzeit das Hauptziel und damit das Hauptopfer der illegalen Migration und der damit einhergehenden Transformation der Gesellschaft. Allein in den letzten drei Jahren wurden von der Bundesregierung 2,6 Millionen Ausländer in Deutschland angesiedelt. Weitere Millionen sind unter Bundeskanzlerin Merkel nach Deutschland gebracht

worden. Als Deutscher habe ich daher eine besondere Verantwortung, weniger betroffene Länder über die Folgen ungezügelter Einwanderung aufzuklären. Wenn man sich heute gewisse Bezirke deutscher Städte anschaut, dann ähneln diese viel mehr Städten in Nordafrika oder im Nahen Osten als Städten in Deutschland von vor 30 oder 40 Jahren. Die Migranten, Asylsuchenden und angeblichen Flüchtlinge sind so zahlreich, dass sie nicht nur das Straßenbild deutscher Städte massiv verändern, sondern auch das Denken und die Lebensart.

Und nicht zuletzt die Kriminalstatistik. Aus dieser geht deutlich hervor, dass wir inzwischen ein sehr großes Problem mit der Migrantenkriminalität haben. Über 40 Prozent der Vergewaltigungen gehen auf das Konto von Migranten, ebenso über 40 Prozent der Morde und Totschläge. Eine Politik, die die ungebremste Migration nach Deutschland und damit auch ihre zahlreichen Folgeerscheinungen zulässt, trägt die Verantwortung für die immer zahlreicheren, zumeist deutschen Opfer dieser Kriminalität.

■ *Immerhin kann Deutschland als warnendes Beispiel fungieren!*

Für mich war es wichtig, vielen ein Stück weit die Augen zu öffnen, wenn sie die noch nicht offen hatten, wie die Lage derzeit in Deutschland ist. Mein Land befindet sich auf immer mehr Gebieten regelrecht im freien Fall. Es gibt zugleich ein anschauliches, abschreckendes Beispiel ab: Wer diese öko-woke Politik nachmacht, der wird so enden wie Deutschland.

Wir brauchen in Deutschland bei der Migrationspolitik eine komplette Wende. Vorhandene Gesetze müssen einfach wie-



Fotos: BZ / Jan Mairinka

„Das Ruinieren der einst hervorragenden deutsch-ungarischen Beziehungen zählt für mich zu den beschämendsten Aspekten des rotgrünen Zerstörungswerks.“

der eingehalten werden! Es muss wieder konsequent abgeschoben werden. Diese Nachricht muss auch bei den Schleusern in Afrika und im Nahen Osten ankommen. Deutschland ist innerhalb von Europa so groß und bedeutend, dass es Europa in den Abgrund reißen kann, wenn in Berlin so weitergemacht wird wie bisher.

Sollte Deutschland jedoch eine Politikwende hinbekommen, dann wäre das wiederum ein mächtiges Hoffnungssignal für alle Europäer. Ein Zeichen, dass Europa doch noch nicht verloren ist.

■ *In Sachen Politikwende könnte Ihrer Partei eine wichtige Rolle als Mehrheitsbeschaffer zufallen...*

Wir werden mit der WerteUnion zu den drei bevorstehenden Landtagswahlen in Deutschland antreten. Unser Alleinstellungsmerkmal ist, dass es bei uns keine Brandmauern gibt. Wir arbeiten mit allen zusammen und würden letztendlich auch mit allen Koalitionen eingehen, wenn sie sich auf unsere grundlegende politische Linie einlassen.

Wir brauchen in Deutschland dringend eine Politikwende. Mit der CDU und CSU halte ich diese für ausgeschlossen. Deren politisches Personal ist eine maßlose Enttäuschung. Wir bei der WU haben einst Merz unterstützt. Wir hatten auch dafür gesorgt, dass es die Mitgliederbefragung gibt. Es waren unsere Kreisvorsitzenden der CDU, die das betrieben haben. Merz hat uns dann aber fallen lassen, er hat uns verraten.

Die CDU hat sich komplett der ökosozialistischen Politik unterworfen. Ich kann nur alle davor warnen, die CDU zu wählen. Wer die CDU wählt, der wird eine ökosozialistische Politik bekommen. So

wie nach den letzten Wahlen in Berlin, das jetzt einen CDU-Oberbürgermeister hat, der einfach nur froh ist, die nächsten Jahre einen Dienstwagen und Privilegien zu besitzen. Alles andere scheint ihn nicht zu interessieren.

■ *AfD und WU könnten in einigen ostdeutschen Landtagen im Herbst zusammen durchaus eine regierungsfähige Mehrheit erringen. Welche Risiken sehen Sie für dieses Projekt?*

Wir leben in einem Land, in dem die Regierenden keine echte Opposition wollen. Wir machen uns bei denen natürlich keine Freunde, wenn wir ganz klar sagen, dass wir nicht mit Parteien koalieren würden, die keine Politikwende wollen.

In Deutschland ist inzwischen sehr vieles denkbar. So etwa auch, dass unsere Partei wegen irgendwelcher Formalien von der Wahl ausgeschlossen wird. Damit müssen wir einfach rechnen. Uns ist klar: man wird alles unternehmen, ob es nun legal oder auch illegal ist, um zu verhindern, dass es in Deutschland zu einer Politikwende kommt. Dafür geht es für die Nutznießer des gegenwärtigen Systems um zu viele Arbeitsplätze und Privilegien.

Da wir mit allen zusammenarbeiten würden, die wie wir eine Politikwende für Deutschland anstreben, werden wir vom gegenwärtigen Establishment als politischer Feind angesehen und auch so behandelt.

■ *Bekommt die WU bereits – genauso wie die AfD – das „volle Programm“ zu spüren? Also abgefuckelte Autos, angegriffenes Personal, beschmierte Häuser etc. Oder wird Ihnen noch eine gewisse Schonfrist eingeräumt?*

So heftig werden wir bisher zum Glück noch nicht angegriffen. Aber wir sehen, dass die politische Linke, diese Totalitaristen langsam ihr volles Programm der Zersetzung gegen uns umzusetzen beginnen. So bekamen wir etwa keine Räumlichkeiten für die Gründungsversammlung, weil Anbieter eingeschüchtert sind. Derzeit haben wir in Deutschland aus dem gleichen Grund unglaubliche Schwierigkeiten, Bankkonten zu eröffnen. Exponenten von uns haben es sehr schwer, Hotelzimmer zu bekommen, weil die Eigentümer Angst haben, es könnte Leuten von der Antifa und anderen Polit-Kriminellen zu Ohren kommen... Diffamierungen in den Medien sind schon jetzt an der Tagesordnung. Gegen uns wird das klassische Zersetzungsprogramm ausgerollt, wie ich es früher in den Schriften der Stasi gelesen habe und dessen Einmal-eins unsere Zersetzungsjournalisten offensichtlich ausgezeichnet beherrschen und stetig weiterentwickeln.

■ *Bei derartigen Reaktionen dürfte es nicht leicht sein, Personal für die neue Partei zu finden...*

Auf der anderen Seite muss man aber auch sehen, dass immer mehr Deutschen klar wird, was in ihrem Land passiert. Wir haben es nicht nur mit einer Fülle an Fehlern und Fehlentwicklungen zu tun, sondern mit einem kompletten politischen Systemwechsel, den die Linken in Deutschland anstreben. Die Entwicklung geht hin zu einer ökosozialistischen Nicht-Demokratie, in der eine kleine Clique bestimmt, wie die Menschen zu leben haben. Die deutsche Bundesregierung will zum Schutze des Klimas Reisen, Autofahren, Fleischessen und den Konsum einschränken. Und weil das immer mehr spüren, wächst die Sympathie für Oppositionelle und Dissidenten stetig. Selbst wenn viele von ihnen Angst haben, ihre Sympathie offen zu zeigen oder sich gar mit Leuten wie uns fotografieren zu lassen.

Also einerseits wird die Repression in den nächsten Monaten sicher noch weiter zunehmen, vielleicht sogar dramatisch zunehmen. Auf der anderen Seite delegitimieren sich die gegenwärtig Regierenden von Tag zu Tag zunehmend selbst. Immer mehr Leuten wird klar, dass vieles, was diese unternehmen, nichts mehr mit Demokratie oder Rechtsstaat zu tun hat. Die Eingriffe in die Meinungsfreiheit gehen inzwischen in Richtung einer Demokratie im Sin-

„Wir verfolgen das Ziel, eine Politikwende herbeizuführen und Deutschland wieder zurück auf den Boden von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Vernunft zu bringen.“



ne des demokratischen Sozialismus der Deutschen Demokratischen Republik.

Die bisherigen Maßnahmen zum Systemwechsel konnten von linker Seite nur deshalb so erfolgreich durchgeführt werden, weil sie die Bevölkerung massiv täuscht. Die westdeutsche Bevölkerung, die ja über wenig eigene Totalitarismus-Erfahrung verfügt, kann dabei leichter getäuscht werden als die im Osten. Begriffe und Namen von Institutionen werden zwar nicht verändert, sie werden aber einfach mit einem neuen Inhalt versehen.

■ *Trotzdem müssen sich die Regierenden noch an gewisse Spielregeln halten...*

Die Situation verschärft sich für uns zwar zunehmend, weil die Repression zunimmt. Auf der anderen Seite zwingen wir aber unseren politischen Feind, als Feind muss ich ihn leider bezeichnen, weil er uns so behandelt... Wir zwingen ihn mit unseren friedlichen, demokratischen Aktivitäten permanent dazu, sich tagtäglich selbst zu delegitimieren, indem er seine freiheitliche, rechtsstaatliche und demokratische Maske immer weiter fallen lassen muss. Immer mehr Leuten wird dadurch klar, dass es nichts mehr mit freiheitlicher Demokratie zu tun hat, wenn etwa der Inlandsgeheimdienst gegen unbescholtene Bürger eingesetzt wird oder das Recht auf freie Meinungsäußerung massiv eingeschränkt wird.

■ *Dieser Erkenntnisprozess, dieses Aufwachen könnte zu einer interessanten Eigendynamik führen...*

Ja, wenn die Menschen merken, dass sie jahrelang belogen und betrogen wurden, dass ihr Vertrauen und vielleicht auch ihre Gutmütigkeit zu ihrem Nachteil missbraucht wurden... Dieser Erkenntnisprozess kann in einigen Jahren, vielleicht aber auch schon in den nächsten Monaten zu einer bemerkenswerten Eigendynamik führen...

Für mich ist insbesondere die CDU eine Enkeltrick-Betrügerpartei. Kurz vor der Wahl wird sie von ihren Repräsentanten als die Partei der Enkel von Adenauer und Kohl dargestellt. Es werden mehr innere Sicherheit, weniger Migranten und natürlich Wohlstand in Aussicht gestellt. Und nach der Wahl kommt jedes Mal das böse Erwachen. Die einfachen CDU-Mitglieder haben teilweise noch immer nicht begriffen, dass ihre Führungsleute in der Wolle gefärbte Grüne sind und nur so tun, als ob sie die Politik der klassischen CDU fortsetzen würden. Ebenso wie das grüne Original wollen aber auch sie einen anderen, einen ökosozialistischen Staat.

■ *Ich nehme an, dass der Tag, an dem die WerteUnion bei der Bundespolitik ein Wörtchen mitreden kann, ein guter Tag für die deutsch-ungarischen Beziehungen sein wird ...*

Auf jeden Fall! Es schmerzt mich sehr zu erleben, wie schäbig derzeit von offizieller deutscher Seite mit Ungarn umgegangen wird, dem Deutschland so viel zu verdanken hat. Stichwort unter anderem: 1989. Bei optimaler Kooperation könnten unsere beiden Länder gemeinsam so viel erreichen, zum beiderseitigen Nutzen

und auch im Interesse Europas. Wir können uns auf internationaler Ebene gegenseitig unterstützen und vieles mehr.

Bei meinen Gesprächen mit Vertretern von Ungarn spüre ich immer wieder eine große Bereitschaft, mit Deutschland vertrauensvoll und bestmöglich zusammenzuarbeiten. Und dann aber auch rasch eine große Enttäuschung darüber, dass es Deutschland derzeit aus ideologischen Erwägungen vorzieht, Ungarn aus dem Weg zu gehen, dem Land die kalte Schulter zu zeigen, ja, es sogar bewusst zu schädigen. Das Ruinieren der einst hervorragenden deutsch-ungarischen Beziehungen zählt für mich zu den beschämendsten Aspekten des rot-grünen Zerstörungswerks.

■ *Sie gehören zu den Kräften, die das stoppen wollen...*

Wir machen bei der WerteUnion nicht Politik, um nur in irgendeinem Landtag als Oppositionspartei zu sitzen. Wir verfolgen das Ziel, eine Politikwende herbeizuführen und Deutschland wieder zurück auf den Boden von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Vernunft zu bringen. Eine Politikwende kann aber nur im Bundestag und in der Regierung stattfinden, und zwar im Bundeskanzleramt in der Willy-Brandt-Straße, siebte Etage. Da müssen Leute hin, die für eine Politikwende in Deutschland stehen. Das muss nicht unbedingt jemand von der WerteUnion sein, es muss aber jemand sein, der unsere Politik vertritt und sie auch durchsetzen kann. Dafür stehen wir!

Das Gespräch führte Jan Mainka.

Sicherheitspolitik / Budapest Security Dialogue (BSD)

„Das Wichtigste ist der Frieden!“

„Das Wichtigste ist der Frieden!“ Mit diesen Worten eröffnete Verteidigungsminister Kristóf Szalay-Bobrovniczky am vorigen Freitag den ersten Budapest Security Dialogue (BSD). Das neue, bewusst nicht als Pendant zur Münchner Sicherheitskonferenz konzipierte Format mit klarem Fokus auf Zentral- und Südosteuropa in Ungarns Hauptstadt fand ein großes Echo.

Verteidigungsminister

Kristóf Szalay-Bobrovniczky:

„Dieser Kongress will Europa stärken, das sich in der NATO nicht länger allein auf die Dominanz der USA stützen kann.“



Fotos: MTI / Zoltán Balogh

Seinen Friedensappell als Grußwort an die Teilnehmer des BSD-Kongresses ergänzte Ungarns Verteidigungsminister mit dem Bedauern, dass heute die ganze Welt, aber insbesondere Europa einem „merkwürdigen Kriegsfeber“ verfallen sei. „Alle reden vom Krieg, wo doch der Frieden unser höchstes Gut ist.“ Der BSD-Kongress lenkte die Aufmerksamkeit auf den Umstand, dass Europa imstande sein muss, sich selbst zu schützen. In dieser außerordentlich relevanten Frage müssten auch und gerade Mitteleuropa und der Westbalkan ihre Position artikulieren.

In diesem Sinne war auch das Ministertreffen der Zentraleuropäischen Verteidigungskooperation (CEDC) mit ihren Amtskollegen aus den sechs Balkanstaaten zu verstehen, das am Vortag ebenfalls in Budapest stattfand. „Wir müssen uns in dieser Region als eine große Familie betrachten, die imstande ist, den Frieden zu schützen“, sagte Szalay-Bobrovniczky.

Szalay-Bobrovniczky: „Wir können uns keine Schwäche erlauben“

Leider handle die Welt immer wieder von den Rivalitäten der Großmächte. Weil sich die Wirtschaftsmacht von West nach Ost verschiebe, führe das Aufstreben großer Staaten zu geopolitischen Spannungen. Diese Prozesse gehen mit der Bedrohung einher, dass sich neue Blöcke bilden. Das liege ganz sicher nicht im Interesse Ungarns, das sich aber gerne als „Motor“ eines Sicherheits-Dialogs verstehen möchte.

Im Ukraine-Krieg habe der Westen einen kritischen Punkt erreicht, indem man entschied, den Konflikt zu globalisieren. Zur gleichen Zeit habe der russische Aggressor seine Militärmaschinerie in einem Maße aufgepumpt, dass heute nicht zu erkennen sei, wer diese Macht noch stoppen kann. Der offen ausgetragene Konflikt halte in jedem Augenblick ein Eskalationsrisiko bereit. Der Vertei-

digungsminister wiederholte bei dieser Gelegenheit den bekannten Standpunkt der ungarischen Regierung, wonach es keine Alternative zu einem unverzüglichen Waffenstillstand mit anschließenden Friedensverhandlungen gebe. Derweil müssten im Nahostkonflikt alle Schritte mit Bedacht und Verantwortungsbewusstsein gewählt werden.

Szalay-Bobrovniczky hob hervor, dass sich Ungarn keine Schwäche erlauben könne, auch und gerade als Mitglied der NATO nicht. Deshalb habe das Land seit 2010 systematisch die veralteten Strukturen seiner von der Sowjetzeit geprägten Armee aufgebrochen und eine High-Tech-Truppe mit NATO-Kompatibilität entwickelt.

EU blieb bei Kroatien stehen

Die Neuausrüstung der Ungarischen Armee (MH) stützt sich zunehmend auf eine eigene Rüstungsindustrie, betonte der CEO der staatlichen N7 Holding

Zrt., László Palkovics. Sein Unternehmen bündele die Innovationen im Verteidigungssektor, den Ungarn zugleich als Motor der Wirtschaft verstanden wissen will. Die entsprechenden Kapazitäten sollen die Voraussetzungen schaffen, um die nationale Sicherheit zu garantieren. Darüber hinaus will das Land Präsenz am internationalen Markt erlangen und sich in die Lieferketten integrieren.

Der slowakische Verteidigungsminister Robert Kalinák warnte, die EU-Integration des Westbalkan komme nicht schnell genug voran. Es sei bekannt, dass sich die CEDC im Interesse von Frieden und Stabilität in der Region für diese Integration stark mache, doch habe die EU ihre 2003 gemachten Zusagen einzig in Bezug auf Kroatien umgesetzt. Als Schlüssel einer heute geradezu optimalen Zusammenarbeit der Nachbarn Slowakei und Ungarn benannte er den Ansatz, sich allein auf Themen zu konzentrieren, in denen Übereinstimmung herrsche.

Erfolgreiche Auftaktveranstaltung

Obwohl es sich um die erste Veranstaltung ihrer Art handelt, wurde der BSD sogleich ein beachtlicher Publikumszuspruch zuteil. Bereits beim Empfang „Hungarian Defence Innovation Night“ in der Königlichen Reithalle auf der Budaer Burg am Donnerstagabend konnte der BSD mehr als 300 Gäste zum Netzwerken und Kennenlernen begrüßen. Für den Kongress am Freitag wurden rund 400 Teilnehmer erwartet, schließlich folgten aber mehr als 700 (!) der Einladung. Auf der Liste der Referenten fanden sich fünf Verteidigungsminister, mehrere Staatssekretäre, fünf hochrangige Vertreter der EU-Kommission sowie 18 Repräsentanten namhafter internationaler und deutscher Rüstungsfirmen. Eine dermaßen hochkarätige Veranstaltung zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat es in Budapest schon lange nicht mehr gegeben.

BSD-Kongressmotto: „Budapest Building Bridges“

„Offensichtlich haben wir mit unserer Veranstaltung einen ganz real vorhandenen Bedarf nach Austausch und Vernetzung in der Region abgedeckt“, resümierte Wolf Illner, Geschäftsführer des Veranstalters BSD, zufrieden. Besonders erfreuen konnten ihn und seinen Co-Geschäftsführer Dr. Arne Gobert, dass alle hochrangigen Referenten immer wieder



N7-CEO László Palkovics:
„Der Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie soll dazu beitragen, die nationale Sicherheit zu garantieren.“



BSD-Cheforganisator Wolf Illner:
„Offensichtlich haben wir einen ganz real vorhandenen Bedarf nach Austausch und Vernetzung in der Region abgedeckt.“

die Möglichkeit zu Gesprächen am Rande des Kongresses begrüßten.

„Wir sind uns sicher, dass wir mit dem Budapest Security Dialogue erfolgreich dazu beigetragen haben, Ungarns Ansehen in Europa zu erhöhen, bestehende Vorurteile abzubauen und eine Plattform zur Kommunikation geschaffen zu haben. Dafür stand auch das Motto des Kongresses: Budapest Building Bridges.“

BSD-Partnerland 2025: Bosnien und Herzegowina

Nachdem sich die Frage der Existenzberechtigung nach dieser erfolgreichen Pilotveranstaltung quasi von selbst beantwortet hat, gehen die Veranstalter umso entschlossener an die Planung des kommenden Kongresses. Dieser findet am 9./10. April 2025 wieder in Budapest statt. Als Partnerland 2025 konnte Bosnien und Herzegowina, nach Gesprächen

mit Verteidigungsminister Zukan Helez gewonnen werden. Die Vorbereitung des nächsten BSD-Kongresses wird in den kommenden Monaten aber nicht die einzige große Aufgabe des BSD-Teams sein.

Im Rahmen der ungarischen Ratspräsidentschaft wird am 9./10. Oktober in Zusammenarbeit mit der EU-Kommission erstmalig die European Defence Drone Conference (EDDC) in Budapest stattfinden und dort mit jährlichem Charakter etabliert. Im Gespräch ist außerdem eine Veranstaltung „BSD on Tour“ in Sarajewo im Rahmen der Partnerschaft Budapest Security Dialogue 2025.

► RA-JM

Hier geht es zu einem BZ-Interview mit Wolf Illner, das wir im Vorfeld der Veranstaltung mit ihm führten.

Und [hier](#) finden Sie die Internetseite des Veranstalters.

Konjunkturumfrage der DUIHK

Bestenfalls schwaches Wachstum

Die Schwäche der heimischen und der deutschen Wirtschaft spiegelt sich auch im Geschäftsklima der deutschen Unternehmen in Ungarn wider. Auch für 2024 ist demnach keine spürbare Beschleunigung des Wirtschaftswachstums zu erwarten.

Dies geht aus dem dieser Tage vorgestellten Konjunkturbericht der DUIHK hervor, für den die DUIHK rund 250 Mitgliedsunternehmen, aber auch Mitglieder anderer ausländischer Kammern in Ungarn befragt hat. Die Bedingungen am Arbeitsmarkt bleiben dem Bericht zufolge eine große Herausforderung für die Unternehmen. Hinsichtlich der Standortqualität gab es zwar keine großen Überraschungen, dennoch gab es sowohl positive als auch negative Veränderungen.

DUIHK-Präsident András Sávós sagte bei der Vorstellung des Konjunkturberichts, dass nach sehr pessimistischen Konjunkturerwartungen in der letzten Herbstumfrage nun die Talsohle möglicherweise erreicht sei, man aber nicht mit einem nennenswerten Wachstumsschub rechne. Dies zeigt auch der Investitionsklima-Index der DUIHK, der zahlreiche Ergebnisse der Umfrage zusammenfasst und in der Vergangenheit die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Ungarn meist recht genau abgebildet hat. In diesem Jahr verharrte der Index mit einem Wert von +3 fast exakt auf dem Vorjahresniveau, was bestenfalls auf ein nur sehr geringes Wachstum hindeutet.

Investitionen und Beschäftigung auf Vorjahresniveau

Aktuell bescheinigten nur 14% der Teilnehmer der ungarischen Wirtschaft eine gute Verfassung, während 41% die Lage als schlecht bezeichneten. Immerhin haben sich aber die Erwartungen für das laufende Jahr spürbar verbessert. Während der Saldo aus positiven und negativen Antworten im Jahr 2022 bei -51 Prozentpunkten und im Jahr 2023 bei -36 Prozentpunkten lag, hat sich dieser Wert in der jüngsten Umfrage auf -4 verbessert – was natürlich auch noch nicht für ein starkes Wachstum spricht.



Fotos: DUIHK

Das schwache konjunkturelle Umfeld belastet folgerichtig auch die Leistungsfähigkeit der Unternehmen. Nur 27% halten die eigene Geschäftslage aktuell für gut (2023 waren es noch 39%), die meisten (59%) nur für befriedigend und 14% für schlecht. Für das laufende Jahr rechnen 29% mit besseren, aber immer noch 25% mit schlechteren Geschäften. Ein ganz ähnliches Bild zeigt sich auch bei den Beschäftigungs- und Investitionsabsichten der Firmen; in beiden Fällen wird man wohl etwa auf dem Vorjahresniveau verbleiben.

Standortqualität im regionalen Mittelfeld

Inmitten einer schwachen gesamtwirtschaftlichen Umgebung ist für die Unternehmen umso wichtiger, dass zumindest die Standortbedingungen nicht noch zusätzliche Belastungen schaffen. Präsident Sávós berichtete in diesem Zusammenhang, dass in Bereichen wie der Rechtssicherheit oder der Berechenbarkeit der Wirtschaftspolitik der posi-

tive Trend der vergangenen Jahre – der allerdings noch bei weitem nicht zu einer insgesamt befriedigenden Beurteilung geführt hatte – schon 2023 abbrach, und 2024 erneut eine leichte Verschlechterung zu verzeichnen war. Mit der Berechenbarkeit waren in diesem Jahr 60% der Befragten mehr oder weniger unzufrieden, mit der Rechtssicherheit 48% – ähnlich schlechte Werte wurden zuletzt etwa 2017 registriert.

Sávós fügte hinzu, dass z. B. die seit 2020 andauernde Praxis von Notlagen-Verordnungen sicher nicht zu mehr Planbarkeit und Berechenbarkeit beitrage. Auch in punkto Steuern gab es eine Trendwende. Nachdem von 2012 bis 2022 die Zufriedenheit mit dem Steuersystem stetig zugenommen hatte, haben 2023 und erneut 2024 wieder schwächere Zufriedenheitswerte gebracht, was nach Ansicht der Kammer auch mit den vielen sektoralen Sondersteuern oder den sog. „Extraprofit-Steuern“ zu tun hat.

Der Bericht liefert an vielen Stellen auch einen Vergleich mit 15 anderen Ländern in der Region Mittel- und

Osteuropa. In diesen Ländern wurden zeitgleich identische Umfragen durchgeführt, die Antworten der insgesamt über 1.500 Teilnehmer wurden zentral durch die DUIHK ausgewertet. Die Analyse dieser Daten zeigt, dass in sehr vielen Bereichen die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern eher gering sind. Ungarn rangiert meist im Mittelfeld, aber es gibt auch Ausnahmen – in positiver und in negativer Richtung. Zu den positiven Abweichungen zählen z. B. das Steuersystem, die Beurteilung der Verwaltung oder die Infrastruktur, wo Ungarn in der Gruppe der besten fünf Länder landet. Unterdurchschnittlich ist hingegen Ungarns Abschneiden in Bereichen wie Berechenbarkeit, Korruptionsbekämpfung, Vergabetransparenz oder Rechtssicherheit. Wobei hinzuzufügen ist: Der Durchschnitt ist in diesen Feldern für die gesamte Region ohnehin eher schlecht.

Lohnsteigerungen von 11% erwartet

Breiten Raum nehmen in den Umfragen der DUIHK regelmäßig Aspekte des Arbeitsmarktes ein. Dirk Wölfer, Autor der Studie, erinnerte daran, dass der Fachkräftemangel und die Lohnkosten schon seit einigen Jahren die wichtigsten Herausforderungen seien. Ersterer ist auch jetzt noch ein Problem, auch wenn die schwache Wirtschaftslage ein wenig Milderung gebracht hat. Dennoch sind 55% der Befragten mit dem Arbeitskräfteangebot unzufrieden – Ungarn liegt damit im regionalen Durchschnitt. Besonders spürbar ist der Mangel laut Umfrage bei gewerblichen Mitarbeitern in



DUIHK-Sprecher Dirk Wölfer: „Fachkräftemangel und Lohnkosten rangieren schon seit Jahren unter den wichtigsten Herausforderungen.“

der Produktion, bei IT-Fachkräften und im Bereich Forschung und Entwicklung.

Die zweite Herausforderung sind die Lohnkosten. Die gehören zwar im europäischen Vergleich zu den niedrigsten – 2023 betragen sie nur rund ein Drittel der deutschen Lohnkosten –, doch der starke Anstieg der letzten Jahre lässt sich durch die Unternehmen nicht mit vergleichbaren Produktivitätsgewinnen kompensieren. Die Weitergabe über die Verkaufspreise jedoch verschlechtert die Wettbewerbsfähigkeit, warnte Wölfer. Für 2024 erwarten die Firmen nun einen erneuten Anstieg um 11%, obwohl die Inflationsrate weit darunter liegen dürfte. Zum Vergleich wird im Bericht übrigens gezeigt, dass in Polen „nur“ mit

einem Anstieg von 8,2% und in Tschechien gar von 6,7% gerechnet wird.

Wunsch nach dem Euro steigt

Schließlich ging der Bericht auch auf die Frage ein, ob Ungarn den Euro einführen sollte. In diesem Jahr bejahten das 73% der Umfrageteilnehmer – einen so hohen Wert hatte die Kammer letztmalig 2011 gemessen. Erklärt wird das mit den starken Wechselkursschwankungen des vergangenen Jahres, wofür auch spricht, dass die höchste Zustimmungsrate 2009 auf dem Höhepunkt der Finanzkrise erreicht wurde – damals wollten 94% der Unternehmen den Euro.

► E.R.



Remred Zrt.

Ungarn erobert den Weltraum

Das Tochterunternehmen der 4iG-Gruppe hat in Martonvásár den Grundstein des ersten Fertigungszentrums für Weltraumtechnik in Ungarn gelegt. Ungefähr 2027/28 könnte der erste Satellit aus ungarischer Serienfertigung um die Erde kreisen.

Die Remred Zrt. richtet in dem Technologiekomplex auf 4.000 m² ein Speziallabor ein, das den Reinraumstandards ISO 8 und ISO 5 gerecht wird. Die Investition auf der grünen Wiese wird mit den modernsten erreichbaren Technologien realisiert. Ziel ist ein komplexer Fertigungsprozess zur Herstellung von bis zu 400 kg schweren Satelliten. Eine autarke Solaranlage sichert die Energieversorgung des Zentrums. Die Fertigung soll 2026 anlaufen und 85 Arbeitsplätze sichern.

Da winkt eine glänzende Zukunft

„Unser Land ist dank seines wirtschaftlichen Ökosystems, seiner Infrastruktur und seines geistigen Kapitals gleichermaßen geeignet, ein maßgeblicher Akteur der Weltraumindustrie zu werden“, erklärte Wirtschaftsminister Márton Nagy bei der Grundsteinlegung am Montag. Diesem Wirtschaftszweig winkt eine glänzende Zukunft: Einzelnen Schätzungen zufolge könnte sich der Ausstoß bis 2035 auf 1.800 Mrd. USD verdreifachen. Remred und der börsennotierte Mutterkonzern 4iG investieren mehr als 10 Mrd. Forint in das auf Remtech getaufte Technologiezentrum.

4iG ein engagierter Partner

Als strategischer Partner der Regierung hat sich die 4iG-Gruppe zu High-Tech-Investitionen im Volumen von 150 Mrd. Forint (385 Mio. Euro) verpflichtet. Weltraumingenieure werden in MBA-Studiengängen an der TU Budapest und ab September auch an der Universität Miskolc sowie an der ELTE ausgebildet.

► RA



Bei der Grundsteinlegung Wirtschaftsminister Márton Nagy (r.) mit 4iG-CEO Gellért Jászai (l.) und Remred-Gründer István Sárhegyi (M.r.).



Fotos: MTI/Tamás Vasvári



Fotos: Gebrüder Weiss

Gebrüder Weiss

Drehscheibe Ungarn

Am vorigen Donnerstag erfolgte die Übergabe einer weiteren Investition von 10 Mrd. Forint in Dunahaszti. Es handelt sich um einen 10.000 m² großen Logistikkomplex mit Umschlaglager und Logistik-Hochregallager, ausgestattet mit den neuesten Technologien, sowie den dazugehörigen Büros.

Für das Be- und Entladen von Waren stehen insgesamt 100 Verladetore zur Verfügung. Durch den Ausbau wurde die zentrale Logistikanlage von Gebrüder Weiss (GW) auf 32.000 m² und die Gesamtfläche des Logistiknetzes in Ungarn auf fast 100.000 m² erweitert.

„Nach der Rezession der letzten Jahre befindet sich die Wirtschaft erneut im Aufschwung. Aufgrund des Wachstums der Industrieproduktion, vor allem in der Automobil- und Elektronikindustrie, ist in den kommenden Jahren mit einer steigenden Nachfrage nach Transport- und Logistikdienstleistungen zu rechnen“, erklärte Wolfgang Senger-Weiss, Vorstandsvorsitzender von Gebrüder Weiss. „Die zentrale Lage macht Ungarn zu einer Drehscheibe für Waren zwischen Westeuropa sowie der Adria-, Schwarzmeer- und Balkanregion.“

Robotisierte Kleinteile-Lager

„Der neue Logistikkomplex wird über hochautomatisierte Systeme verfügen: Die Waren werden mit intelligenten Technologien gelagert und bewegt“, erklärte Thomas Schauer, GW-Regionalleiter für Zentral- und Südosteuropa. Das automatische Lagersystem von AutoStore verwendet keine Regale zur Lagerung von Waren im Lager mehr, sondern Kunststoffboxen als Lagerflächen. Von der Dachebene transportieren auf Schienen laufende Roboter den Ladungsträger zu den Arbeitsplätzen, an denen die Kommissionierung stattfindet. Das System spart nicht nur Arbeitskräfte, sondern macht auch wertvollen Lagerplatz frei.

Cargometer – optimale Platzauslastung

Eine weitere Effizienzsteigerung stellt die Bildverarbeitungs- und 3D-Scantechnologie dar, mit der die genauen Abmessungen und das Gewicht der von den fahrenden Gabelstaplern transportierten Waren erfasst werden können. Die Daten ermöglichen eine optimale Auslastung von Fahrzeugen und Containern, wodurch Leerraum, Kraftstoffverbrauch und CO₂-Emissionen reduziert werden.

„Die Gebrüder Weiss Kft. verbessert ihre Position im Wettbewerb mit groß angelegten technologischen Investitionen“, informierte Geschäftsführer Bálint Varga. So wurde auf dem Dach des neuen Gebäudeteils eine Solaranlage errichtet, die einen wesentlichen Teil des Standortbedarfs abdeckt. GW lädt seine elektrischen Gabelstapler und seine e-Kleinlasterflotte teilweise mit Solarenergie auf und bietet Hauslieferdienste in ganz Budapest und halb Ungarn klimaneutral an.

Die nächste Großinvestition: Győr 2026

Die GW Kft. hat ein Netz von sechs gleichberechtigten Standorten mit unabhängigem Management und Entscheidungsbefugnis aufgebaut, in denen sie neben Dunahaszti in Győr, Zalaegerszeg, Pécs, Szeged und Polgár landesweit mit 450 Mitarbeitern ihre gesamte Dienstleistungspalette auf demselben hohen Niveau anbietet. Die nächste große Investition des Unternehmens wird 2026 in Győr erfolgen, wo ein eigenständiges Logistikobjekt errichtet wird.

► S.S.



Wolfgang Senger-Weiss (l.), Vorstandsvorsitzender von Gebrüder Weiss, Ungarn-Geschäftsführer Bálint Varga (M.) und Thomas Schauer, GW-Regionalleiter für Zentral- und Südosteuropa.

Radtourismus

Bereg-Rundkurs ist die Radroute des Jahres!

Der 50 Kilometer lange Radweg entlang der Oberen Theiß in Nordostungarn, der sog. „Beregi kör“ wurde zur Radroute des Jahres 2024 gewählt.

Der Radtourismus wird in Ungarn immer populärer. Das ist der Naturliebe und den ökotouristischen Tendenzen zu verdanken. In den letzten Jahrzehnten wurden mehrere hundert Kilometer Radwege gebaut und damit ein landesweit gezogenes Netz errichtet. So hat man immer mehr Möglichkeiten, auf sicheren Wegen dem Radtourismus zu huldigen. Viele Ortschaften tun in Eigeninitiative viel für das Wohlbefinden der Sportler: Buffets und Raststätten werden errichtet und Informationsbroschüren über Sehenswürdigkeiten herausgegeben, die direkt auf den Radtouristen zugeschnitten sind.

Der Bereg-Rundkurs ist aufgrund seines mittelalterlichen Siedlungserbes (z. B. mit alten Kirchen) und der Überbleibsel längst erloschener Vulkane beliebt. Die obere Theiß und ihre Nebenflüsse bieten ein schönes Naturbild in der flachen Landschaft.

Die Auszeichnung Radroute des Jahres wird an einen Radweg vergeben, der für Touristen besonders attraktiv angelegt ist, eine gute Asphaltqualität aufweist und sicher zu befahren ist.

Im Jahre 2020 gewann die Strecke zwischen Tatabánya und Tata diesen Preis, 2021 war der mit zahlreichen Brücken bestückte Radweg zwischen Poroszló und Tiszafüred der Publikumsbeliebte, und 2022 erhielt der Radweg um den Deseda-See bei Kaposvár die meisten Stimmen. Im letzten Jahr wurde der Wenckheim-Radweg um Békéscsaba zum Sieger des öffentlichen Wettbewerbs gekürt, an dem sich Jahr für Jahr tausende enthusiastische Radtouristen beteiligen.

► LK



Fotos: aktivmegyarorszag.hu



„Winzer des Jahres“

Preis ging nach Tokaj

Die Winzerin Sarolta Bárdos aus der Weinregion Tokaj erhielt am Wochenende die Auszeichnung „Winzer des Jahres“.

Der Winzer Zoltán Heimann aus Szekszárd übergibt den Preis an seine Nachfolgerin Sarolta Bárdos aus Tokaj.



Foto: MTI/ Noémi Bruzák

Wie die Fachjury von „Winzer des Jahres“ in Budapest feststellte, lasse dieser Preis „ausgehend von den bisherigen Erfahrungen die besten Traditionen des Wettbewerbs zwischen Winzern wieder aufleben“. Denn es werden langfristige Leistungen und nicht nur momentane Erfolge gewürdigt. Das Ziel laute, dem ungarischen Wein Weltruf zu verleihen.

Pál Rókusfalvy, Regierungsbeauftragter für nationales Weinmarketing und Gründer des Winzerpreises, sagte bei der Preisverleihung, der ungarische Wein habe das Potenzial, in aller Welt und nicht nur bei den Ungarn bekannt

und anerkannt zu sein.

Der Gewinner des Preises wird aus einer ersten Runde von fünfzig Kandidaten ausgewählt, deren Kreis im Finale auf fünf sehr gute Winzer eingeschränkt wird. Aber auch jene TOP50-Winzer „dürfen sehr stolz auf sich sein“, meinte Rókusfalvy.

In ihrer Dankrede sagte Sarolta Bárdos, dass es in Tokaj eine Pflicht sei, guten Wein herzustellen. Eine weitere Pflicht sei es aber auch, unsere Traditionen zu bewahren und die Botschaft in alle Ecken der Welt zu tragen, dass in Tokaj Wunder auf den Reben wachsen.

Der Preis „Freund der Winzer“ wurde an den Weinbergbesitzer Lajos Ambrus,

Schriftsteller und Gastautor von „Food and Wine“, sowie an den Weinexperten Wojciech Bonkowski verliehen.

Man könnte die Frage stellen: Warum wird in Ungarn ein polnischer Fachmann ausgezeichnet? Über die historisch tief wurzelnde Freundschaft darf man nicht vergessen, dass Polen die vierfache Bevölkerung hat! Ja, sie trinken in erster Linie Bier... Aber Konsumenten in gewissen Kreisen neigen zu den aromareichen ungarischen Weinen. Da ist es gut, wenn man hier jemanden hat, der „mit polnischer Nase und Zunge“ die ungarischen Weine wertschätzt.

► LK

Grenzschutz / Illegale Einwanderung

Demolierte Fahrzeuge präsentiert

Im vergangenen Jahr haben illegale Grenzverletzer annähernd 200 Attacken auf Grenzjäger und Polizisten an der Südgrenze zu Serbien vorgenommen. Neben acht ernsteren Körperverletzungen kam es dabei zu einer Vielzahl von zum Teil erheblichen Sachbeschädigungen.

Der Staatssekretär des Innenministeriums, Bence Rétvári, lud gemeinsam mit dem Chefberater des Ministerpräsidenten für innere Sicherheit, György Bakondi, zu einer besonderen Schau ins Stadtwäldchen ein. Dort waren Fahrzeuge der Grenzschutzstation, die beim Einsatz zum Schutz der Schengen-Außengrenze zu Serbien von illegalen Migranten mutwillig beschädigt wurden. Der Staatssekretär machte kein Hehl aus der Absicht zu demonstrieren, wie gefährlich die Tätigkeit der Grenzschützer ist.

Warnschüsse gegen aggressive Migranten

Die Schlepper bringen immer wieder größere Gruppen ganz bewusst an die Grenze, um dort einschüchternd auf die Grenzjäger und die Polizisten zu wirken, die ihren Streifendienst absolvieren. Da kommt es zu intensiven Steinwürfen, vereinzelt wurden sogar Schusswaffen eingesetzt.

Die Grenzschutzstation hat aus früheren Jahren gelernt, die Frontscheiben der Fahrzeuge mit Schutzgittern zu schützen, aber deren Karosserie wird durch die aggressiven Zuwanderer erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Um die Aggressionen im Zaum zu halten, dürfen die Grenzschutzkräfte übrigens erst seit Januar zur Not auch Warnschüsse abgeben.

Bakondi: „Die wollen nicht in die Rentenkassen einzahlen“

Revtári kritisierte die EU-Zentrale, die ihren Mitgliedstaaten die aufwendige Unterhaltung eines Apparats vorschreiben will, um den Migrantenzustrom zu steuern. Diese Gelder würden den Kohäsionsfonds entzogen. Bakondi merkte sarkastisch an, wer diese demo-



Staatssekretär Bence Rétvári (l.) und Chefberater György Bakondi verwiesen auf absurde Auswüchse in der EU-Migrationspolitik.

lierten Autos sieht, der sollte endlich begreifen, dass diese Leute „ganz sicher nicht den Fachkräftemangel stillen oder in die Rentenkassen einzahlen wollen“.

Da diese überwiegend jungen Männer ihre Identität verheimlichen, wüssten die Behörden nichts über eventuelle Kontakte zu Terrororganisationen oder Verbrecherbanden. Man sollte sich über diese Gefahren im Klaren sein, denn über die Grenzen Europas gelotst und mit Technik ausgestattet werden die illegalen Migranten auf ihrem Weg in den „goldenen Westen“ von professionellen Schleuserbanden. Es könne wohl kaum ein Zufall sein, dass sich die Zahl der illegalen Einwanderer seit 2015 um jene eine Million im Jahr bewegt, die im berühmten Soros-Plan niedergelegt war.

Böse Helfer, gute Helfer

Der Chefberater verwies auf einen wenig beachteten, aber nicht minder haarsträubenden Punkt im neuen Migrationspakt der EU: Während Schlepper, die ihre „Menschenfracht“ gegen Geld über die Grenze bringen, dafür strafrechtlich verfolgt werden können, dürfen neuerdings Helfer der Pseudo-NGO für die gleichen Taten nicht bestraft werden, selbst dann nicht, wenn sie von ihren Auftraggebern in den Hauptstädten des Westens „angemessen für ihr Tun vergütet“ werden. „Es ist der höchste Ausdruck der Absurdität, dass damit die Gleichheit vor dem Gesetz aufgehoben wird“, resümierte Bakondi.

► RA

Regionalpolitik

Kommunen sollten nicht konkurrieren

„Ziel unserer Entwicklungspolitik ist es, Ungarn bis 2030 zu einem der fünf lebenswertesten Mitgliedstaaten der EU zu machen.“ Das erklärte Regionalminister Tibor Navracsics auf einer Konferenz zu zwanzig Jahren in der Europäischen Union.

Regionalminister Tibor Navracsics: „Der ländliche Raum muss aufholen!“

Foto: MTI/Tamás Kovács



Auf EU-Ebene sei eine regionale Angleichung in der Entwicklung der Mitgliedstaaten zu beobachten, merkte der Minister an. Während Ungarn sich zunehmend dem EU-Durchschnitt annähere, nehmen die regionalen Unterschiede innerhalb des Landes noch zu. Lag der Entwicklungsstand der Hauptstadt Budapest bereits im Jahr 2004 deutlich über dem EU-Durchschnitt (mit damals 129%), erreichte dieser im Jahre 2022 sogar 158% des EU-Entwicklungsniveaus. In den übrigen Regionen außerhalb der Hauptstadt verläuft der Aufholprozess jedoch deutlich langsamer.

Verantwortung füreinander übernehmen

Deshalb sei es eine wichtige Aufgabe, den ländlichen Raum und die kleineren

Städte lebenswerter zu machen. Dafür müssten die ländlichen Regionen und Budapest „Verantwortung füreinander übernehmen“. Denn ein höheres Niveau der Kohäsion sorgt für mehr Wettbewerbsfähigkeit.

Die drei Säulen der neuen Regionalpolitik sind das im Entstehen begriffene neue Konzept für Regionalentwicklung, der damit verbundene Hintergrund einer moderneren Finanzierung und

„Die Europäische Union ist eine nahezu perfekte Erfindung.“

Regionalminister Tibor Navracsics.

das institutionelle System der Regionalentwicklung, das ab dem nächsten Jahr etabliert wird. Mit Hilfe dieser drei Säulen sollen die Kommunen zur Zusammenarbeit statt zur Konkurrenz ermutigt werden. Navracsics bekräftigte seine Ansicht, wonach die Verwendung von EU-Mitteln stärker auf die Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet sein sollte.

Die meisten Kreise im Nordosten des Landes sowie in Süd-Transdanubien liegen immer noch unter dem Durchschnitt. Derweil zeitigt der Bau der Schnellstraße zwischen Miskolc und Kosice (Kassa) in der Slowakei erste Ergebnisse. Im Dreieck von Miskolc, Nyíregyháza und Debrecen fördern ausländische Großinvestitionen eine besonders dynamische Entwicklung der Region. Auch in Szeged und Pécs im Süden Ungarns wurde mit ernsthaften Investitionen begonnen. Es sei von hoher Relevanz, dass diese Städte eine grenzüberschreitende wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit entwickeln.

Erweiterung für politische Sicherheit

Oliver Röpke, Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, befürwortet jede Erweiterung der Gemeinschaft, da eine richtig gemanagte Erweiterung politische Sicherheit schaffe. Nur ein Europa, das auf Solidarität und gemeinsamen Werten basiert, könne erfolgreich sein. Gemeinsame Lösungen für gemeinsame Herausforderungen zu finden sei das Ziel. Die EU brauche eine Kohäsionspolitik, die den tatsächlichen Bedürfnissen der Gesellschaft gerecht wird und Ungleichheiten überwindet.

► MR

Glosse: Eindrücke eines Neu-Ungarn

Ungarn – auch für Hunde kein rechtsfreier Raum

Es kommen immer mehr Deutsche nach Ungarn. Nicht zuletzt, weil sie die Freiheit schätzen, die sie hier erleben – in einem Land, wo man noch sagen kann, was man denkt, ohne gesellschaftlich sanktioniert oder geächtet zu werden, nur weil man eine „falsche“ Meinung vertritt.

■ VON DETLEV SCHÖNAUER

Leider legen viele das mit der Freiheit etwas sehr frei aus und wundern sich dann, wenn sie zur Kasse gebeten werden – etwa bei Verkehrsverstößen oder wenn sie sich ihr Häuschen schwarz renovieren lassen. Tatsächlich empfinden viele Neu-Ungarn das Land als rechtsfreien Raum. Leider!

Das Hundeland

Das kann man besonders beim Umgang mit Haustieren beobachten. Schließlich ist Ungarn nicht nur ein Paradies für deutsche Rentner, sondern auch für deren liebstes Haustier: den Hund. Gerade auf dem Land gibt es fast niemanden ohne. Und wenn doch einmal, dann hat man wenigstens Katzen, manchmal in Großfamilienstärke.

Das hat auch historische Gründe: im Agrarland Ungarn gibt es eben viele Bauernhöfe, ursprünglich kleine Familienbetriebe, die über das ganze Land verteilt sind. Aufgrund der starken Landflucht wurden viele dieser Immobilien verkauft und sind heute im Besitz deutscher Auswanderer, vor allem da diese viel preiswerter sind als in Deutschland.

Deren Struktur ist landestypisch: neben einem kleinen Wohnhaus an der Straße gibt es Nebengebäude, denen man noch ihre Funktion als Scheune, Schweinestall oder Sommerküche ansieht. Von der Straßenseite abgewandt liegt ein relativ großes Stück Land im Handtuchformat. „Relativ“ deshalb, weil es für deutsche Verhältnisse riesig, für ungarische eher überschaubar ist.

Kaum ein Hof ohne Hofhund

Selbst wenn viele Höfe ihre ursprüngliche Funktion nicht mehr haben, findet man vielerorts immer noch „Hofhunde“, die bei manchen Ungarn noch an der Kette liegen, obwohl das aus Tierschutzgründen längst verboten ist.

Wenn man durch ein typisches ungarisches Dorf spaziert, sieht man häufig solche Wachhunde. Vor allem hört man sie, da sie neben Hühnern, Pferden und den unvermeidlichen Motorsensen die bekannte ländliche Geräuschkulisse bilden.

Die deutschen Auswanderer passen sich da gerne an, zumindest hundemäßig. So sind auch wir auf den Hund gekommen, der unser recht großes Grundstück als Auslauf nutzt und es liebt, kreuz und quer durch das eingezäunte Gelände zu schießen. „Gassi gehen“ ist auf dem Land dank des eigenen Platzangebotes eher unüblich.



Foto: BZ / Marion Schönauer

Der Autor mit seiner Hofhündin Krümel, die natürlich vorschriftsmäßig angemeldet und geimpft ist.

Keine Hundesteuer, aber Anmeldung und Impfpass

Interessant für den deutschen Hundebesitzer ist übrigens, dass man in Ungarn keine Hundesteuer kennt. Dafür muss man seinen Hund beim Gemeindeamt anmelden und einen aktuellen Impfpass vorlegen.

Da das nicht allgemein bekannt ist, werden gelegentlich unangemeldete Kontrollen durchgeführt. Jeder Hund, selbst dann, wenn er nur aus touristischen Gründen hier herumbellt, muss geimpft und gechipt sein und darf nicht frei herumlaufen. Auch das wird hin und wieder kontrolliert.

Leider sehen das viele Auswanderer nicht so eng. Sie betrachten die Pflichtimpfung gegen Tollwut eher als überflüssig und lehnen jeglichen Eingriff an ihrem heißgeliebten Hund rigoros ab. Schließlich sind viele als kämpferische Gegner der Corona-Impfung hierher geflohen und legen einen Purismus an den Tag, der sogar ihre vierbeinigen Mitflüchtlinge einschließt. Aber Ungarn ist nun mal kein rechtsfreier Raum – nicht einmal für Hunde.

Der Autor ist Diplom-Physiker, machte dann aber die Musik und die Liebe zur Sprache zu seinem Beruf und wurde Kabarettist. In den vergangenen 40 Jahren stand er mehr als 6.000 Mal auf der Bühne und war in zahlreichen Fernsehsendungen zu Gast. Nebenbei schrieb er sechs Bücher. Seit 2020 lebt er mit seiner Frau in der Nähe des Balaton. Mehr zu Detlev Schönauer finden Sie in diesem [BZ-Interview](#).



13 / 05 / 2024

Montag 16:30 Uhr

Das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit am Mathias Corvinus Collegium (MCC) und die Deutsch-Ungarische Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland e.V. laden Sie zur Online-Veranstaltung mit dem Titel

Ungarn vor den Kommunal- und Europawahlen

AM MONTAG, 13. MAI 2024 VON 16.30 UHR

mit Bence Bauer, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit.



ANMELDUNG:



Den Link zum Zoom-Vortrag finden Sie auf der Webseite
<https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/de/>

Es gibt Hoffnung! Auch dank der 1%! *

Mit Ihrer Unterstützung können wir dieses Jahr Bedürftigen noch mehr Hilfspakete zukommen lassen.



Vomberg
Frigyes

Törös
Balázs

Kecskés
Karina

* In Ungarn kann man 1% seiner persönlichen Einkommenssteuer einer kirchlichen Gemeinschaft spenden.



Unsere technische Nummer: 0176

www.udvhadsereg.hu/egyszazalek

udvhadsereg.hu

Täglich: *Tageszeitung*



Zweiwöchentlich: *BZ Magazin*

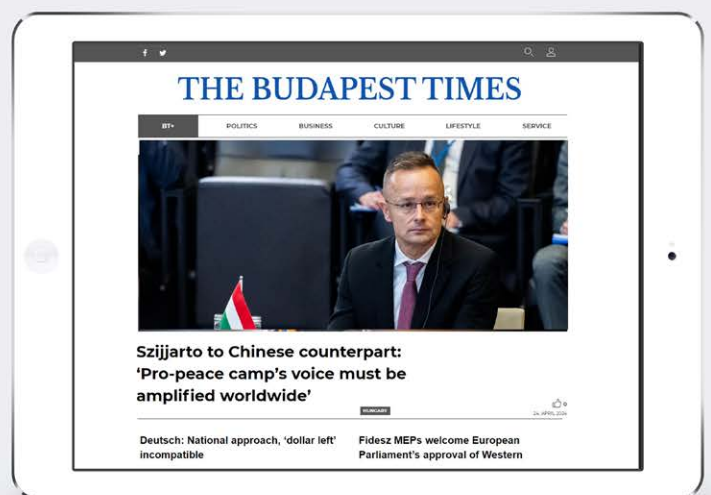


WIR HELFEN IHNEN, UNGARN BESSER ZU VERSTEHEN.

BZ & BT ONLINE



www.budapester.hu



www.budapesttimes.hu

**BUDAPESTER
ZEITUNG**
— seit 1999 aus, über & für —
UNGARN

POLITIK | WIRTSCHAFT
KULTUR | LOKALES

Gerne schicken wir Ihnen auf Wunsch kostenlose
Probeexemplare unserer Publikationen und
informieren Sie über unsere Abo-
und Anzeigenbedingungen:
verlag@bzt.hu